Erörterungstermin am 07.02.2018; Niederschrift

Aktenzeichen: 11-gla-03859-17
Antragsteller: Wöstenwind GmbH & Co. KG
Baugrundstück: Glandorf, ~
Gemarkung: Averfehrden
Flur: 3 3 5
Flurstück(e): 274 270 308

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
(BImSchG)
Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen (WEA) in
Glandorf - Schwege

Herr Röwekamp eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr und begrüßt die Teilnehmer. Anschließend stellen sich die Mitarbeiter des Landkreises Osnabrück vor. Es wird darauf hingewiesen, dass lediglich die anwesenden Einwanderbeitrags- bzw. redeberechtigt sind.

Herr Röwekamp erläutert, dass Einwendungen eingegangen seien. Diese wurden in der Tischvorlage zusammengefasst. Ein Mitschnitt des Erörterungstermins werde nicht angefertigt. Das Protokoll werde den Einwanderhebern und dem Antragsteller zur Verfügung gestellt.

Herr Last stellt das Projekt vor. Aufgrund technischer Probleme könne die Power Point Präsentation nicht vorgeführt werden, werde allerdings im Anhang beigefügt. Er erläutert, dass viele intensive Prüfungsschritte erforderlich seien, um eine Chance auf eine Genehmigung für das geplante Vorhaben zu erhalten. Die Einwendungen sollen so gut es geht betrachtet und berücksichtigt werden, es gebe allerdings auch Einwendungen denen man keine Abhilfe verschaffen könne, wie z.B. der Verunstaltung der Landschaft. Auch müsse das Projekt wirtschaftlich darstellbar sein.

Herr Kaldewei führt an, dass durch die Energiewende die Ausbaukorridore bereits weit überschritten seien. Auch würden WEA nicht zu einer CO2 Reduktion führen, da es in 2017 die höchste gemessene CO2 Belastung gegeben habe. Man könne das Projekt daher nicht mit der Energiewende begründen. Es gehe nur um ein wirtschaftliches Interesse des Betreibers. **Herr Last** erwidert, dass er den Einwand nachvollziehen könne, da es viele unregelmäßige Dinge gebe, die dem Bau von Windenergieanlagen entgegenstünden. Allerdings zeige die grundlegende Entwicklung, dass WEA zur Energiewende beitragen, auch wenn es keinen Vergleich zur Atomkraft darstelle. **Herr Röwekamp** legt dar, dass es in diesem Erörterungstermin nicht um die globale Energiewende gehe, sondern um das konkrete Vorhaben, welches als Baustein zu der Energiewende beitrage. Daher würden nun die erhobenen Einwendungen anhand der Tischvorlage erörtert. Auch die Einwendungen vom Umweltforum würden besprochen, auch wenn kein Vertreter anwesend sei.

TOP 1 „Planungsrechtliche Belange“

„Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) und der Flächennutzungsplan (FNP) unterliegen rechtlicher Beanstandung. Die Auswahl der Sondergebiete auf Ebene der Regionalplanung sei nicht in ordnungsgemäßer Weise erfolgt, weil in zahlreichen Fällen Überschwemmungsgebiete von Fließgewässern unter Verletzung der Vorgaben des LROP überplant und notwendige FFH-Verträglichkeitsprüfungen nicht vorgenommen wurden. Es sei keine ord-

nungsgemäße Abwägung erfolgt, zumal einzelne Potentialflächen allein deshalb nicht zu Sondergebieten erklärt wurden, weil sich Gemeinden oder Bürger dagegen aussprachen.“

Herr Koitka führt dazu aus, dass eine Abwägung der Ziele in der Raumordnung stattgefunden habe. Es seien dabei keine Standorte und keine Höhenbegrenzungen festgesetzt worden. Von insgesamt 60 Suchräumen seien lediglich 33 als Vorranggebiete ausgewiesen worden, da teilweise Belange des Bevölkerungsschutzes und des Naturschutzes zu gravierend gewesen seien. Daher habe eine Abwägung stattgefunden, die auch im Umweltbericht eingesehen werden könne.

„Die Gemeinde Lienen habe die Entwürfe des RROP, Teilfortschreibung Energie, nicht rechtzeitig erhalten und sei am Verfahren nicht beteiligt worden. Dies stelle einen beachtlichen Verfahrensfehler dar, der bereits im September 2014 gerügt wurde.“

Herr Koitka widerspricht dahingehend, dass die Bezirksregierung Münster und der Kreis Steinfurt an dem Verfahren beteiligt worden seien und Stellung bezogen haben. Der Kreis Steinfurt hätte im Rahmen dieser Beteiligung selbstständig die eigenen Gemeinden beteiligen müssen, wenn dieser es versäumt haben sollte, könne man dies nicht ändern.

„Die Zielvorgaben des Landesraumordnungsprogramms habe der Landkreis Osnabrück bereits übererfüllt. Es sei daher kein überwiegendes öffentliches Interesse am Bau der WEA gegeben.“

Herr Koitka führt aus, dass ein überwiegend öffentliches Interesse dadurch gegeben sei, dass die Zielvorgabe, den Landkreis Osnabrück bis 2030 autark mit regenerativen Energien zu versorgen, vom Kreistag beschlossen worden sei. Der Landkreis müsse nun daher Flächen dafür ausweisen und vorhalten. Von einer Übererfüllung könne zudem nicht gesprochen werden, da es sich um Mindestvorgaben handele, die erreicht werden müssen. Man könne aber auch eventuell darüber hinausgehen.

„Die geplanten WEA würden gegen den § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB verstoßen, da der sachliche Teilflächennutzungsplan unwirksam sei. Da die Gemeinde zu Unrecht von bindenden Zielen ausgegangen sei, leide die Planung an einem Abwägungsdefizit.“

Herr Koitka erwidert, dass in § 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB geregelt werde, dass öffentliche Belange beeinträchtigt sind, wenn schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden können. Dies habe die Gemeinde Glandorf in ihrer Abwägung auch abgearbeitet.

„Die Festsetzungen des RROP seien unwirksam, da sie eine unzulässige Beschränkung der Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde Glandorf darstellen würde. Herr Koitka legt dar, dass die Gemeinde Glandorf ihrer Anpassungspflicht nach § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) nachgekommen sei. Herr Kaldewei geht darauf ein, dass raumordnerisch Flächen und Standorte durch planerische Vorgaben als Ziele der Raumordnung verbindlich festgelegt worden seien. Solche verbindliche Vorgaben müssen jedoch ihre Rechtfertigung haben, da es in der Entscheidungshoheit der Gemeinde liege ob und wie viel Raum der Windenergie geschaffen werde. In der regionalen Ebene seien daher zu starke Vorgaben gegeben worden.“

Herr Koitka erwidert darauf, dass die Gemeinde zwar eine Anpassungspflicht habe, diese die Flächen aber je nach eigener Abwägung ausweisen könne. Wenn bei der Abwägung eines FNP's Belange gesehen würden, können Flächen auch verändert oder herausgenommen werden. Sie müsse sich an die Ziele der Raumordnung lediglich „anpassen“. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass es der Gemeinde obliege harte und weiche Tabukriterien in die Abwägung einzubringen, so könne z.B. die Größe der Flächen variieren. Die Schaffung von Vorranggebieten diene dazu, die nach § 35 BauGB im Außenbereich privilegierten WEA nicht überall als Einzelanlagen zuzulassen, sondern diese in geeigneten Gebieten zu konzentrieren. Der FNP müsse an das RROP angepasst, jedoch nicht eins zu eins übernommen werden. **Herr Kaldewei** hält dagegen, dass die Ziele der Raumordnung endabgewogen seien und dadurch eine zwingende Übernahme durch die Gemeinden einherginge. Ansonsten gäbe es keine Bindungspflicht.

Grds. könne man Grundsätze der Raumordnung mit Abwägungen überwinden, Ziele der Raumordnung könne man jedoch nicht abwägen. **Herr Koitka** entgegnet, dass das RROP zwar umzusetzen sei, dieses auf FNP-Ebene jedoch mit den gemeindlichen Belangen abzuwägen sei. Das OVG in Lüneburg habe auch bereits die Rechtmäßigkeit des RROP bestätigt, dies sei anhand der Argumentation des Gerichtes belegt. **Herr Kaldewei** erwidert, dass die Klage wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen worden und somit die Rechtmäßigkeit nicht geprüft worden sei. Dies könne von anerkannten Umweltverbänden rechtlich eingeklagt werden. **Herr Scheckelhoff** führt an, dass die Vorgaben aus dem RROP grds. erst einmal übernommen worden seien. Dann habe eine Abwägung insbesondere hinsichtlich Artenschutz und Denkmalschutz stattgefunden. Aufgrund des Denkmalschutzes sei auch eine vorgesehene Fläche aus der Flächenplanung herausgenommen und nicht als Vorrangfläche ausgewiesen worden. Die Abwägungsspielräume der Gemeinde Glandorf seien ausgeschöpft worden, indem man sich an die Ziele des RROP's angepasst und orientiert habe, durch eine Abwägung aber auch eine vorgesehene Fläche herausgenommen habe. **Herr Kaldewei** erwidert, dass grds. jede Änderung eines Abwägungsprozesses bedürfe. Es bestehe eine Bindung an die Ziele der Raumordnung und ohne eine komplette Neuabwägung könne man nicht einfach eine vorgeschriebene Fläche herausnehmen, da es sich um ein Ziel der Raumordnung und nicht um einen Grundsatz der Raumordnung handele. Ein Abwägung und Herausnehmen einer verbindlichen Fläche aus dem RROP würde der Definition eines Ziels der Raumordnung widersprechen. **Herr Röwekamp** hält fest, dass die gegenseitigen Argumente ausgetauscht worden seien und ergänzt, dass im Falle eines rechtswidrigen FNP's und RROP's WEA im gesamten Außenbereich zulässig wären, da auch der alte FNP danach unzulässig sei und es keine weitere Ausschlusswirkung gebe. **Herr Kaldewei** hält den alten FNP in diesem Falle für wirksam. **Herr Röwekamp** erwidert, dass im Falle einer Genehmigung diese Frage gerichtlich vollumfänglich überprüfbar sei.

TOP 2 „Befangenheit des Landkreises“

„Der Landkreis Osnabrück sei Betreiber, Genehmigungs- und Kontrollbehörde des Windparks. Diese Interessenskollision sei rechtswidrig und ein Verfahrensfehler. Zudem sei der Landkreis Osnabrück als Genehmigungsbehörde unzuständig, da eine Beteiligung in eigener Sache vorliege. Eine Besorgnis der Befangenheit genüge, um die Zuständigkeit dem GAA zuzuordnen. Diese Besorgnis lasse sich darauf begründen, dass der Landkreis Osnabrück alleiniger Gesellschafter der ENERGOS sei und daher ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an der Realisierung des Vorhabens bestehe.“

Herr Röwekamp führt aus, dass dieser Belang auch bereits in anderen Verfahren geltend gemacht worden sei. Das Fachministerium habe festgestellt, dass nicht der Landkreis der Betreiber sei, sondern die ENERGOS, die wiederum eine Tochtergesellschaft des Landkreises sei und Teilhaber des Windparkprojekts. **Herr Boßmeyer** ergänzt, dass es zwei Gesellschafter gebe. Dies seien zu 50 % die Wöstenwind UG, welche die Flächeneigentümer vertritt und zu 50 % die ENERGOS GmbH. Der Zweck der Gesellschaft ENERGOS GmbH liege darin, einen Beitrag zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes zu leisten. Ziel sei bis bis 2030 eine Stromversorgung aus 100 % erneuerbarer Energien und bis 2050 eine Wärmversorgung aus 100 % erneuerbarer Energien im Landkreis zu gewährleisten. **Herr Kaldewei** merkt an, dass eine Investition in Projekte, die sich nicht wirtschaftlich rentieren würden, wahrscheinlich nicht unterstützt würde. Wenn die ENERGOS, als Tochter des Landkreises, eine Genehmigung mit möglichst wenigen Hindernissen erhalten wolle und der Landkreis als Genehmigungsbehörde darüber entscheiden würde, bestünde eine Interessenskollision. Hierzu reiche auch der bloße Schein, dass eine Interessenskollision vorliege. Die Gefahr allein müsse vermieden werden. **Herr Rottwinkel** gibt das Beispiel, dass wenn er sich als Landwirt selbst seine Genehmigung erteile und über Widersprüche selbst entscheiden dürfe, kein faires Verfahren gegeben sei. **Herr Röwekamp** betont, dass heute keine Entscheidung über den Antrag getroffen werde. Er sei nicht der Auffassung, dass eine Befangenheit des Landkreises vorliege, da ein vollumfängliches Genehmigungsverfahren durchgeführt würde, wie es auch alle anderen Antragsteller müssten. Es habe auch bereits einige Nachforderungen an Unterlagen gegeben, die der An-

tragsteller erfüllen musste. **Herr Kaldewei** erwidert, dass es einen institutionellen Interessenskonflikt gebe, da der Landkreis auch angehalten sei die WEA zu genehmigen. Dieser Konflikt müsse verhindert werden. Man könne zwar Zuständigkeiten zusammenlegen, wenn eine organisatorische Trennung vorliege, anders sei es allerdings, wenn eine Trennung per Erlass bereits vorgeschrieben sei. Durch die Befangenheit des Landkreises wäre eine erteilte Genehmigung nichtig.

TOP 3 „Durchführung einer UVP“

„Laut Anlage zum UVPG bestehe die Pflicht einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls. Hier seien naturschutzfachliche Belange betroffen, sodass gem. § 7 Abs. 2 UVPG eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen sei. Der UVP-Bericht sei ursprünglich als UVS konzipiert worden. Da die UVP-Pflicht erkannt worden sei, haben die Gutachter diesen Bericht zur UVP umgestaltet. Die UVS sei durch die Umbenennung einiger Begriffe zur UVP „aufgeschönt“ worden. Eine fehlerfreie UVP sei nicht veranlasst und auch nicht durchgeführt worden.“

Frau Reischert führt aus, dass in den Antragsunterlagen Korrekturen erkennbar seien, dass die UVS in eine UVP umgewandelt worden sei. Es sei nicht einmal ein neuer Text geschrieben worden, sondern lediglich ein paar Anmerkungen in blau eingefügt. **Herr Röwekamp** erläutert, dass es seit dem letzten Jahr ein neues Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) gebe. Dadurch sei die ursprüngliche Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) nun als UVP-Bericht zu bezeichnen. Es handele sich lediglich um eine redaktionelle Änderung. Außerdem sei nun das Schutzgut Fläche ergänzend zu betrachten. Die UVP werde bei der Behörde gemacht und habe noch nicht stattgefunden. Da die UVP aufgrund der Antragsunterlagen und unter Berücksichtigung der hier erörterten Einwendungen erfolge, könne sie auch noch gar nicht stattgefunden haben. **Frau Reischert** fragt, ob es dann auch eine neue Vogelstudie geben müsse. **Herr Röwekamp** antwortet, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Antragsunterlagen als vollständig angesehen worden seien. Eine Entscheidung über den Antrag könne auch nur mit vollständigen Unterlagen erfolgen. Es könne aber auch sein, dass z.B. aufgrund des heutigen Termins Unterlagen nachgefordert würden. **Frau Steinhorst** hinterfragt, wie die Anwohner erfahren können, dass Unterlagen nachgereicht würden. Wenn immer noch etwas nachgereicht werden könne, könnten die Unterlagen nicht vollständig eingesehen werden. **Herr Röwekamp** antwortet, dass bei der Vollständigkeitsprüfung überschlägig geprüft werde, ob alle Schutzgüter betrachtet worden seien, daraufhin würden die Unterlagen öffentlich ausgelegt. Es könne aber gerade aufgrund der Einwendungen dazu kommen, dass bestimmte Themen noch vertieft betrachtet werden müssten. Es gebe allerdings nur eine erneute öffentliche Beteiligung, wenn sich die Auswirkungen auf die Umwelt verschlechtern würden. Eine Vertiefung des Artenschutzgutachtens würde z.B. in der Regel nicht öffentlich ausgelegt werden. Im Falle einer Genehmigung würde es aber eine öffentliche Bekanntmachung darüber geben, dann könne man eine Ausfertigung bekommen und ggf. Rechtsmittel einlegen. **Frau Steinhorst** fragt, ob nach der Genehmigungserteilung direkt die Bauarbeiten beginnen würden. **Herr Röwekamp** habe diese Erfahrung bisher nicht gemacht. Es würde häufig die Einlegung von Rechtsmitteln abgewartet. **Herr Last** ergänzt, dass nach seiner Erfahrung mindestens ein halbes Jahr vergehe, da man die Anlagen bestellen müsse und dies nicht vor einer Genehmigungserteilung geschehe. Dann gebe es zudem Lieferfristen um ein Jahr herum, wobei mit den Tiefbauarbeiten bereits früher begonnen werden könne. **Herr Kaldewei** erwidert, dass nach seiner Erfahrung die sofortige Vollziehung angeordnet und direkt mit dem Bau der Anlagen begonnen würde. **Herr Boßmeyer** entgegnet, dass sich die heutige Situation durch das Ausschreibungsverfahren anders darstelle, da es für die Vergütung nicht auf den Bauzeitpunkt bzw. die Inbetriebnahme ankomme, sondern auf das Datum der Genehmigung und die dann erst mögliche Teilnahme an dem Ausschreibungsverfahren. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass es im Landkreis bisher selten Eilverfahren gegeben habe, aber in diesen Fällen auch nicht direkt mit dem Bau begonnen worden sei. **Herr Kaldewei** führt aus, dass Genehmigungsbescheide auch häufig vor der Fertigstellung des FNP vorbereitet würden, was allerdings rechtswidrig sei. Denn über den Genehmigungsantrag hätte bereits entschieden und aufgrund der fehlenden planungsrechtlichen Zulässigkeit

abgewiesen werden müssen. Die Urteile des OVG aus NRW und des VG Arnberg werde er Herrn Röwekamp zukommen lassen.

Frau Reischert fragt nach der Arbeitsweise des Landkreises. Da in den Antragsunterlagen Aussagen durchgestrichen und in blau hinzugefügt worden seien und sich Bewertungen von „gering“ zu „hoch“ in den Tabellen geändert hätten, obwohl die Sachlage gleich geblieben sei, seien die Gutachten nicht vertrauenswürdig. **Herr Clausdeinken** erläutert, dass es sich bei dem Dokument lediglich um eine Ergänzung des UVP-Berichts handele, da die Begrifflichkeiten aufgrund des neuen UVPG angepasst sowie das Schutzgut Fläche behandelt werden mussten. In der angesprochenen geänderten Gesamtbewertung habe es lediglich eine redaktionelle Korrektur gegeben, da in der Gesamtbewertung bereits „unerheblich“ gestanden habe, dieses aber in der Tabelle noch angepasst werden musste.

TOP 4 „Immissionen“

Lärm, Infraschall

„Die Schallimmissionsermittlung beziehe sich auf den Anlagentyp GE 3.4-137 statt GE 3.6-137. Auf eine Neuberechnung könne nur verzichtet werden, wenn die WEA 3 bei der Variante 2 des Nachtbetriebes auch statt des beim neuen Anlagentyp offenbar nicht vorgesehenen 103 dB(A)-Modus mit dem 102 dB(A)-Modus gefahren werden würde. Eine Neuberechnung sei erforderlich, da der LAI die Anwendung des „Interimsverfahrens zur Prognose von Geräuschimmissionen von WEA“ empfohlen habe. Ursächlich sei, dass das angewandte „alternative Verfahren“ in ca. 1/3 aller Prognosen zu geringe Beurteilungspegel gerade an Immissionsorten ausweisen würden, die sich in größerem Abstand zu der Quelle befänden. An einigen IO seien Beurteilungspegel berechnet worden, an denen der maßgebliche Richtwert von 45 bzw. 40 dB(A) bereits beinahe erreicht werde. Die WEA hätten daher nachts abgeschaltet oder der Betrieb weitergehend reduziert werden müssen.“

Frau Schulz, die Schallgutachterin, hält fest, dass es bereits Messkampagnen bzgl. des Interimsverfahrens gegeben habe, die zu dem Ergebnis gekommen seien, dass bessere Messergebnisse in größeren Entfernungen berechnet werden können. Daher habe die Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) im September 2017 die Anwendung empfohlen. Sie habe bereits auf Anfrage des Betreibers eine Neuberechnung auf Grundlage des Interimsverfahrens durchgeführt und sei zu dem Ergebnis gelangt, dass an den kritischen Immissionsorten (IO) keine höheren Schallpegel erwartet würden, als bei der Berechnung nach dem alternativen Verfahren. In Niedersachsen sei die Anwendung des Interimsverfahrens aber auch noch nicht vorgegeben. Ein pauschaler Zuschlag von 4,8 dB(A) könne nicht einfach auf die Berechnungen nach dem alternativen Verfahren hinzugerechnet werden, da es sich dabei um den maximalen Wert handele, den man zwischen dem Interimsverfahren und dem alternativen Verfahren bei sehr weit entfernten IO errechnen könne. Da die Schallpegel der geplanten WEA den Richtwert an allen IO um mindestens 6 dB(A) unterschreiten würden, müsse die Vorbelastung (gemäß der TA Lärm) nicht weiter betrachtet werden. Dies sei auch beim Dammkuhlenweg 1 der Fall, wenn angenommen werde, dass dort durch die Vorbelastung der Richtwert am nächstgelegenen IO ausgeschöpft werde, die WEA allerdings nur einen Schalleistungspegel von 39 dB(A) an diesem IO erreichen. Es sei das Programm WindPro für die Berechnung verwendet worden, in das alle Einstellungen nach dem Interimsverfahren übernommen werden können. **Herr Kaldewei** bemängelt, dass die Berechnungen nicht nach dem vorgeschriebenen Modell berechnet worden seien, da die durchgeführte Berechnung von Frau Schulz nicht den Herstellervorgaben entspreche und nicht die erforderliche Software verwendet worden sei. Es sei keine Berechnung nach dem Interimsverfahren, sondern eine Kompensationsrechnung durchgeführt worden. **Frau Schulz** widerspricht, da sie die das Berechnungsmodell erforderlichen Parameter angegeben und angewandt habe. Ihre Berechnungen habe sie anhand von Tests belegt. Diese seien auch von anderer Software nachzuvollziehen. Nach einer intensiven Diskussion fügt **Herr Boßmeyer** hinzu, dass das Ziel der Berechnungen die Darstellung der realen Verhältnisse sei. Es sei erkannt worden, dass dies durch eine Neuberechnung nach

dem Interimsverfahren unterstützt werde. Außerdem werde es anschließende Messungen geben, die die tatsächlichen Werte darstellen würden. **Herr Kaldewei** erwidert, dass auch bei Messungen letztendlich auf die angewandte Prognose zurückgegriffen würde. Auch würden viele Anwohner anderer Windparks über Geräuschmissionen klagen, die lauter als erwartet oder im Infraschallbereich auftreten würden. **Frau Schulz** führt an, dass Messungen in Baden-Württemberg ergeben hätten, dass der Infraschall von WEA ab einer Entfernung von 250 m deutlich unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle liege. WEA würden sehr schwachen Infraschall erzeugen, der mit dem „normalen“ Infraschall aus dem Umfeld vergleichbar sei. Auch der LAI habe keine Hinweise auf gesundheitsgefährdenden Infraschall und dies auch in seine Empfehlung hineingeschrieben. **Herr Kaldewei** erwidert, dass die Betrachtung von Infraschall nicht in der TA-Lärm o.ä. geregelt sei, dieser dennoch von der Genehmigungsbehörde zu betrachten sei. Der dauerhafte Einfluss von Infraschall könne zu einer Störung des Wohlbefindens führen und dies, laut einigen Studien, auch im nicht wahrnehmbaren Bereich. Es bestehe eine hinreichend große Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Einfluss bestehe und eine Schutzpflicht für die Anwohner resultiere.

Frau Reischert wendet ein, dass der angegebene Anlagentyp in den Gutachten falsch sei und zumindest die Berechnung nicht nach dem empfohlenen Verfahren erfolgt und auch die Tonhaltigkeit nicht richtig betrachtet worden sei. Diese falschen Unterlagen hätten nun öffentlich ausgelegt und seien Grundlage dieses Erörterungstermins. Es bestehe die Frage, ob ein neuer Erörterungstermin stattfinden würden, wenn alle erforderlichen Unterlagen überarbeitet worden wären, da eine Erörterung auf den richtigen Unterlagen beruhen solle, anstatt auf Unterlagen, die nachgebessert werden müssten. **Herr Röwekamp** entgegnet, dass nicht ersichtlich sei, dass mit der Ton- und Impulshaltigkeit fehlerhaft umgegangen worden sei. Nach dem niedersächsischen Windenergieerlass (WEE) sei außerdem eine Schallberechnung auf Grundlage des alternativen Verfahrens durchzuführen, wie sie in diesem Fall erfolgt sei. Daher könne nicht von falschen Gutachten gesprochen werden. Dennoch könne es Nachbesserungen der Gutachten geben. In diesem Erörterungstermin würden die Einwände vertieft besprochen, jedoch nicht die Richtigkeit der Gutachten festgestellt, dies werde im Genehmigungsverfahren geprüft. Falls es neue Gutachten geben sollte, könne man die Anwälte darüber informieren. Grds. würden nachgebesserte Unterlagen allerdings nur veröffentlicht, wenn es zu einer Verschlechterung der Umweltauswirkungen kommen würde. **Frau Schulz** ergänzt, dass es für die Berechnung der Schallimmissionen nicht auf den Anlagentyp, sondern lediglich auf den Schallleistungspegel ankomme. Der Anlagentyp sei inzwischen bereits vermessen. An der Berechnung ändere sich lediglich, dass in der Nacht auf den Modus mit 102 dB(A) statt 103 dB(A) ausgewichen werden müsse, da der Modus mit 103 dB(A) bei dem nun vorgesehenen Anlagentyp nicht einstellbar sei. **Herr Boßmeyer** führt dazu aus, dass ursprünglich ein anderer Anlagentyp (GE 3.4-137) geplant gewesen sei, es allerdings aufgrund der Rohrwehre erneute Kartierungen gegeben habe und aufgrund des zeitlichen Unterschiedes dann mit dem neueren Anlagentyp (GE 3.6-137) geplant worden sei. Es seien aber alle Gutachten auf den Typ 3.6 angepasst worden, dies sei auch im Vorwort zu dem Antrag klargestellt worden. Es gebe auch keine baulichen Änderungen zu dem vormaligen Typen. **Herr Last** ergänzt dazu, dass alle Gutachter hinsichtlich Veränderungen aufgrund des neuen Anlagentyps hinzugezogen worden seien. Diese Stellungnahmen würden auch den Unterlagen beiliegen. Falls an einzelnen Stellen noch der Typ 3.4 stehen sollte, kläre der redaktionelle Hinweis zu Beginn der Antragsunterlagen, dass dennoch der 3.6 gemeint sei.

Herr Kaldewei fragt, ob der Betrieb B.Braun als Vorbelastung in die Schallberechnung eingeflossen sei. **Frau Schulz** führt aus, dass wenn an den zu B.Braun nächstgelegenen IO die Ausschöpfung des Richtwertes angenommen würde, dieser Richtwert an weiter entfernten IO nicht ausgeschöpft werde. Eine Überschreitung des Richtwertes zwischen B.Braun und dem geplanten Windpark könne ausgeschlossen werden, da die WEA mit 6 dB(A) unter dem Richtwert liegen und gem. des TA-Lärm dadurch die Betrachtung der Vorbelastung irrelevant werde. **Herr Kaldewei** erwidert, dass es nur darauf ankomme, ob ein IO im Einwirkungsbereich der zu beurteilenden Anlage liege, wie dies z.B. beim IO Mechelhoff der Fall sei. Dann seien alle Vorbelastungen zu berücksichtigen. **Frau Schulz** führt aus, dass im Tagbetrieb kein IO im Einwirkungsbereich der WEA liege und im Nachtbetrieb die Irrelevanzgrenze erfüllt werde, da die

WEA 6 dB(A) unter dem Richtwert liegen würden. **Herr Röwekamp** erklärt, dass zunächst die neue Berechnung nach dem Interimsverfahren eingereicht und auch den Anwälten zugänglich gemacht werden solle, bevor man genauer darauf eingehe. **Frau Schulz** sagt, dass das Gutachten in der folgenden Woche eingereicht werden könne, da es bereits im Entwurf vorliege.

Herr Franz gibt zu bedenken, dass es Überlagerungen der Immissionen des geplanten Windparks und der WEA am Liener Landweg geben könne. Diese seien zudem noch nicht vermessen. Wenn diese bereits zu laut wären oder eine Impulshaltigkeit vorliegen würde, müsse dies für die neu geplanten WEA berücksichtigt werden. **Frau Schulz** erklärt, dass die WEA des Liener Landwegs 16 dB(A) unterhalb des Richtwertes liegen und daher für die Betrachtung der geplanten WEA nicht relevant seien. Die angesetzten Pegel seien aus der Genehmigung des bestehenden Windparks entnommen worden. Falls in dem Park die genehmigten Werte überschritten würden, wäre das mit den jeweiligen Betreibern zu klären und sei nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie gehe darüber hinaus nicht von einer Impulshaltigkeit der WEA aus, da damit ein lautes Knallgeräusch verbunden wäre, dass nicht mit dem Geräusch des passierenden Rotors an dem Turm vergleichbar sei. Auch der LAI habe festgestellt, dass das „Blattdurchgangsgeräusch“ nicht als Impulshaltig einzustufen sei. Es könne höchstens auffällige Anlagen geben, wenn z.B. das Getriebe defekt sei o.ä.

Frau Steinhorst merkt an, dass die WEA am Liener Landweg bereits seit 15 Monaten stünden und es bisher keine Vermessung gegeben habe. **Herr Röwekamp** führt aus, dass grds. eine Vermessung ein Jahr nach Genehmigungserteilung angestrebt werde. Er sei ebenfalls nicht glücklich darüber, dass es bei diesem Windpark noch keine Vermessung gegeben habe. Es müsse aber dazu gesagt werden, dass die Messungen von einigen meteorologischen Gegebenheiten abhängig seien (z.B. kein Regen, genug Wind, keine Vegetation etc.). Da die Bedingungen dafür in den letzten Monaten nicht gegeben gewesen seien, habe es noch keine Messung geben können. Für dieses Verfahren sei es jedoch auch nicht zu betrachten, ob der andere Windpark höhere Schallimmissionen als genehmigt erzeuge. Der Betreiber habe sich an die Genehmigung zu halten und falls er dies nicht mache, könne das Problem nicht bei den neu geplanten Anlagen liegen.

Herr Röwekamp hält fest, dass es keine weiteren Einwendungen zum Thema Lärm und Infraschall gebe und leitet zum Thema Schattenschlag über.

Schattenschlag

„Zahlreiche Wohngebäude seien von auftretendem Schattenschlag betroffen. Die Anlagen seien mit Abschaltmodulen auszustatten, damit eine unzumutbare Belastung mit Sicherheit ausgeschlossen werde. In der UVS werde die Wirkung des Schattenwurfs auch außerhalb des 500 m Abstandes verkannt.“

Frau Schulz führt aus, dass das Schattenwurfgutachten Überschreitungen an einigen IO darstelle, daher müsse eine Abschaltautomatik installiert werden, die die Beschattungswerte auf die maximal zulässigen Werte absenke. Grds. seien 30 Stunden im Jahr abzüglich der Vorbelastung zulässig. Das Abschaltmodul errechne, wann die 30 Stunden erreicht seien und schalte dann die jeweilige WEA ab. Das System wisse, wie z.B. der Rotor ausgerichtet sei und ob es einen Lichteinfall gebe. Wenn die Sonne im richtigen Winkel stehe, würden dann die WEA abgeschaltet, sobald die 30 Stunden im Jahr bzw. 30 Minuten am Tag erreicht wären.

„Es sei eine deutliche Beschattung des Wohngebäudes Bremer Weg 1 und den anliegenden Terrassen zu erwarten. Laut des Gutachtens sei die Wohnbebauung aufgrund von Mindestabständen nicht betroffen.“

Herr Haselmann merkt an, dass es Widersprüche in den Gutachten gebe. Mal werde von einer mittleren Schutzfunktion, mal von einer geringen Bedeutung der Erholungsfunktion gesprochen. **Frau Steinhorst** führt zudem an, dass es beim Liener Landweg eine Nullabschaltung

gebe, die sämtlichen Schattenschlag auf die IO verhindere. **Herr Röwekamp** führt aus, dass das Schattenwurfgutachten nicht gleichzusetzen mit dem UVP-Bericht sei. Eine Abschaltautomatik sei Stand der Technik und würde auch als Auflage im Falle einer Genehmigung aufgenommen werden. Für eine Nullabschaltung gebe es keine gesetzliche Regelung und sei von den Betreibern von dem Bestandswindpark freiwillig installiert worden. **Frau Steinhorst** fragt zudem, ob die Anlauf- und Abbremszeiten der WEA in die 30 Stunden hineinberechnet würden. **Frau Schulz** erwidert, dass das Stoppen der Anlagen sehr schnell gehe. Sie gehe davon aus, dass die Anlauf- und Abschaltzeiten in die Automatik mit einberechnet würden. Ein Praxistest in Schleswig-Holstein habe gezeigt, dass Schattenwurfmodule dazu geeignet seien, Schlagschatten effektiv zu begrenzen. Sollten die Anlagen gebaut werden, gebe es auch Protokolle über diese Abschaltzeiten, die von der Behörde eingesehen werden können.

„In den Gutachten werde nicht die Wirkung von Schlagschatten auf Kleinkinder mit Vorerkrankungen, wie z.B. rolandischer Epilepsie, eingegangen. Die zu erwartenden Folgen auf diese Personengruppe seien nicht nachhaltig geklärt und es seien keine Maßnahmen zum Schutz ebendieser ersichtlich.“

Herr Röwekamp erläutert, dass in einem Genehmigungsverfahren von einem gesunden Durchschnittsmenschen ausgegangen werden müsse. Besondere Beeinträchtigungen können nicht erfasst werden. Dies sei auch in der Rechtsprechung verankert.

„Das Altenteilerhaus der Familie Rottwinkel liege komplett in Sichtrichtung der WEA. Wohnzimmer, Terrasse, Balkon und Schlafräume seien in Richtung der WEA ausgerichtet. Es sei zu befürchten, dass der Schattenschlag die Wohnqualität deutlich mindern werde.“

Herr Rottwinkel befürchtet zudem Auswirkungen durch den Schattenschlag auf seine Hühner. Es sei ebenfalls fraglich, ob im Falle eines Schadens ein Schadenersatz möglich sei. **Herr Röwekamp** erläutert, dass nach dem Erreichen der maximal zulässigen Beschattungsdauer für den Menschen abgeschaltet würde. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass für Nutztiere eine besondere Rücksichtnahme geboten sei. Bei den meisten Nutztieren sei es wissenschaftlich erforscht, dass eine Gewöhnung und Anpassung der Tiere erfolge. Eine eventuelle Scheuchwirkung dürfte daher nur ein temporäres Problem sein. Ein eventueller Schadenersatz wäre auf zivilrechtlichem Wege und nicht in diesem Verfahren zu klären.

Frau Reischert wendet im Namen von Familie Chrysanthou ein, dass ein Reitweg im Schattenschlagbereich der WEA liege und daher ein Existenzverlust befürchtet werde. **Herr Röwekamp** führt aus, dass es Studien zu Pferden und WEA gebe, die darlegen würden, dass grds. hier kein Problem vorliege, sondern die Pferde sich schnell an den neuen Umstand gewöhnen würden. In Bad Iburg würden sogar Reitrouten extra zu einem Windpark hinführen. Man könne zwar nicht wissen, ob einzelne Tiere anders reagieren, dies würde jedoch keinen Hinderungsgrund für die Errichtung eines Windparks darstellen.

Optisch bedrängende Wirkung

„Eine Anlagengenehmigung verstoße zum Nachteil der Anwohner gegen das baurechtliche Rücksichtnahmegebot. Das Wohnhaus und der Geschäftsbetrieb Dr. Pandalis liegen in 650 m Entfernung zu einer WEA. Eine Faustformel, nach der WEA ab der dreifachen Gesamthöhe nicht optisch bedrängend seien, sei bei 90 m hohen WEA anwendbar gewesen. Bei der jetzigen Anlagenhöhe seien andere Anforderungen zu stellen.“

Herr Röwekamp führt aus, dass ein Urteil des OVG Münster 2007 besage, dass bei einer Entfernung eines IO's unterhalb der dreifachen Gesamthöhe einer Anlage eine besondere Prüfung des Einzelfalls durchzuführen sei. Es gebe bisher keine Rechtsprechung, die besage, dass diese Regelung nur auf kleinere Anlagen anzuwenden sei. Es gehe zudem nicht um die Höhe der Anlagen allein, sondern vielmehr um die Drehbewegung des Rotors, die bei größeren Anlagen langsamer ausfalle, als bei kleineren Anlagen.

„Die wesentlichen Aufenthaltsräume im Wohnhaus von Herrn Hannemann würden in direktem Blickkontakt zu den geplanten WEA liegen.“

Hierzu führt **Herr Röwekamp** aus, dass WEA visuell sichtbar sein dürfen. Das alleinige Sehen der Anlagen würde aber nicht direkt zu einer Rücksichtslosigkeit führen.

„Es liege keine gutachterliche Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung vor, obwohl sogar ein Wohnhaus knapp unterhalb der dreifachen Anlagenhöhe liege. Zumal die Faustregel über die dreifache Anlagenhöhe ohne sachverständige oder gutachterliche Grundlage entwickelt worden sei, sei diese aber auch grds. nicht anwendbar. Eine optisch bedrängende Wirkung zeichne sich dadurch aus, dass eine Konzentration erschwert werde und Irritationen hervorgerufen werden können. Das Wohnhaus von Herrn Mechelhoff weise große Fensterfronten in Richtung der geplanten WEA auf. Auch der Garten liege in Richtung der Anlagen. Zusätzlich zu den bestehenden WEA am Liener Landweg liege eine optische Bedrängung vor. Das Wohnhaus von Herrn Heuger liege deutlich näher an den WEA als das von Herrn Mechelhoff und sei allein deshalb einer stärkeren optischen Bedrängung ausgesetzt, zumal die Ausweichmöglichkeiten innerhalb der Räumlichkeiten eingeschränkt seien.“

Herr Kaldewei ergänzt, dass eine gutachterliche Bewertung zu erfolgen habe, da der IO Fächtenweg 5 fast im dreifachen Abstand zu den WEA und der IO Bremer Weg 6 unterhalb des dreifachen Abstandes liege. **Herr Clausdeinken** entgegnet, dass der dreifache Abstand an allen IO eingehalten würde. Auf die IO Dammkuhlenweg und Bremer Weg 6 sei in dem UVP-Bericht dennoch eingegangen worden, da diese nur knapp außerhalb des dreifachen Abstandes liegen würden. **Herr Kaldewei** erwidert, dass auch beim knappen Überschreiten des dreifachen Abstandes eine Einzelfallprüfung geben müsse, da an diesen IO nicht automatisch eine bedrängende Wirkung ausgeschlossen sei. **Herr Clausdeinken** führt aus, dass es eine Betrachtung gegeben habe und im Ergebnis festgestellt worden sei, dass die IO ausreichend verschattet würden, dies sei auch durch Fotos belegt. Im Winter könne man natürlich durch die Baumbestände hindurchschauen, aber es gehe auch nur um eine Sichtverschattung und nicht darum, dass die WEA nicht zu sehen seien. **Herr Kaldewei** merkt an, dass auch betrachtet werden müsse, ob auch die Sicht auf den Rotor eingeschränkt wäre oder mit welcher Intensität dieser sichtbar wäre. **Herr Clausdeinken** erwidert, dass die Örtlichkeiten besichtigt und mit den Anwohnern gesprochen worden sei. Man könne schauen, ob evtl. eine Analyse der Sichtachsen durchgeführt werden solle. **Herr Röwekamp** hält fest, dass dieser Punkt noch zu prüfen sei und geschaut werden müsse, ob evtl. Unterlagen nachgefordert würden.

Herr Mechelhoff merkt an, dass ebenfalls eine optisch bedrängende Wirkung von der Hindernisbefeuern der Anlagen ausgehe. **Herr Röwekamp** hält dazu fest, dass die Beurteilung der optisch bedrängenden Wirkung aus dem Rücksichtnahmegebot abgeleitet werde. Hier sei vor allem die Höhe der Anlagen und die Drehbewegung der Rotoren in Augenschein zu nehmen, die Nachtbefeuern sei in diesem Punkt nicht mit eingeschlossen und somit auch nicht rücksichtslos.

Hindernisbefeuern

„Durch die Befeuernseinrichtungen würde die optische Dominanz der WEA noch verstärkt.“

Herr Röwekamp merkt an, dass dieses Thema bereits besprochen worden sei. **Frau Steinhorst** hinterfragt, ob die Befeuern der Anlagen synchron auch zu anderen Windparks gesteuert werde oder ob die Anlagen nur blinken, wenn sich ein Flugzeug nähern würde. **Herr Röwekamp** führt aus, dass zumindest ein synchrones Blinken der hier zur Rede stehenden Anlagen beauftragt werden würde. **Herr Last** ergänzt, dass es eine technische Möglichkeit gebe die Anlagen synchron zu anderen Windparks zu befeuern, dies sei allerdings nicht vorgesehen und auch eine Preisfrage. Er werde dieses prüfen lassen. Eine bedarfsgerechte Befeuern

würde auch er sich wünschen, dies sei allerdings bisher von der Politik nicht als Standard zugelassen.

„Durch eine radargestützte Befeuerung könnten die nächtlichen optischen Störungen beseitigt und, unter Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, die objektive Luftverkehrssicherheit erhöht werden, da nur noch für den Piloten relevante Hinderniskennzeichnungen aktiv wären. Durch den Windpark und bestehende Anlagen werde es zu einer ständigen Belästigung durch die Befeuerungsanlagen kommen. Da in den Unterlagen auf den „neusten Stand der Technik“ verwiesen werde, werde die Installation eines solchen Systems erwartet.“

Herr Röwekamp hält fest, dass diese Einwendung bereits eben mitbesprochen worden sei und geht zur nächsten Einwendung über.

„Kattenvenne sei einer der „dunkelsten Orte“, der einen Blick auf einen wunderbaren Sternenhimmel ermögliche. Auch eine Sternwarte sei eingerichtet worden. Das nächtliche Blinken der WEA zerstöre dieses Bild.“

Frau Reischert ergänzt, dass bei bestehenden Windparks bereits kaum noch Sterne zu sehen seien. Dies sei nur weiterhin möglich, wenn man auf die vier geplanten Anlagen verzichte. **Herr Röwekamp** merkt an, dass von der Flugsicherung für Anlagen ab 100 m Höhe eine Nachtbefeuerung gefordert werde. Es gebe die politische Entscheidung, dass WEA im Außenbereich entstehen sollen und nicht an anderer Stelle. Der Sternenhimmel könne daher keine Berücksichtigung finden.

Eiswurf

„Die in den Unterlagen aufgeführten Sensoren zur Erkennung von Eisbildung würden einen fortgesetzten Betrieb bei Vereisung erlauben. Die Spitzen der Rotoren der WEA 2 und 3 reichen direkt bis an die anliegenden Straßen, daher seien diese Anlagen bei Vereisung sofort abzuschalten und quer zur Fahrbahn anzurichten, um Personenschäden zu vermeiden.“

Herr Last führt aus, dass eine Eiswurferkennung vorgesehen sei, die Anhand der Unwucht erkenne, ob es Eisansatz gebe oder nicht. Sollte es einen Eisansatz geben, würden die Anlagen abgeschaltet und automatisch wieder anlaufen, wenn das Eis abgetaut sei und keine Unwucht mehr festgestellt werden könne. Zudem werde es Hinweisschilder für den Bereich unterhalb der Rotoren geben. Ein Wegdrehen von der Straße sei seinem Wissen nach nicht vorgesehen. **Herr Kaldewei** erwidert, dass eine wirksame Gefahrenfürsorge stattfinden müsse, indem die Gefahr ausgeschlossen werde. Man könne z.B. auch eine Rotorblattheizung an den betroffenen WEA installieren. **Herr Röwekamp** merkt an, dass der WEE von abfallendem Eis von baulichen Anlagen ausgehe, da dies z.B. auch bei Bäumen vorkomme und nicht verhindert werden könne. Ein Anhalten der Anlagen sei definitiv gewährleistet, eine Rotorblattheizung sei bislang nicht vorgesehen, dieses würde aber überprüft.

„Auch für die WEA 1 und 4 könnten die beschriebenen Maßnahmen zur Reduzierung von Eisabwurf keinen Schutz gegen Personenschäden garantieren, da auch diese zu nah an Straßen liegen würden (150 m – 200 m). Die aufgestellten Warnschilder mit den Geboten zur Abstandhaltung könnten sich nur auf den unmittelbar unterhalb des Rotorblattes befindlichen Raum beziehen. Die anliegenden Straßen des geplanten Windparks würden die Ortschaft Averfehrden mit dem Ortsteil Schwege verbinden und dienen vielen Anwohnern dazu ihre Kinder sicher zum Kindergarten oder zur Schule zu bringen. Diese Sicherheit könne nur durch die Berücksichtigung einer funktionierenden Eisdetektion mit sofortiger Abschaltung der Anlagen gewährleistet werden.“

Herr Röwekamp hält fest, dass ein Wegschleudern des Eises durch den Stillstand der Anlagen ausgeschlossen werde, es jedoch passieren könne, dass das Eis beim Stillstand vertikal nach unten abfalle. Davor würden dann auch Hinweisschilder vor Ort warnen.

Es wird um 13:02 Uhr eine Mittagspause bis 13:45 Uhr geplant. Herr Kaldewei verabschiedet sich für den restlichen Termin. Die Sitzung wird um 13:51 Uhr wiedereröffnet.

TOP 5 „ Artenschutz“

„Die Erfassung der Vogelarten sei an 10 Terminen in der Zeit von Mitte März bis Mitte Juni erfolgt. Der Windenergieerlass sehe eine Bestandserfassung an 12 Terminen von Mitte März bis Mitte Juli vor. Dahinter bleibe die avifaunistische Erfassung zurück.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass der WEE berücksichtigt worden sei, wonach in Abstimmung mit der Unteren Naturschutz- und Waldbehörde (UNB) mindestens sechs Begehungen für strukturarme Agrarlandschaften erforderlich seien. Zusätzlich seien vier Nacht- und Dämmerungsbegehungen durchgeführt worden. Ein weiterer Erkenntnisgewinn sei durch mehr Begehungen nicht zu erwarten gewesen.

„Trotz der Feststellung windkraftsensibler Vögel (z.B. Rohrweihe, Rotmilan, Mäusebussard) sei in Abweichung von den Vorgaben des Erlasses nur für den Rotmilan eine Mindestraumnutzungsanalyse vorgenommen worden. Eine abschließende Beurteilung der Betroffenheit der Avifauna sei abschließend nicht möglich.“

Herr Clausdeinken erläutert, dass der WEE einen Rahmen von 1.000 m um die Vorrangfläche vorgebe, der aufgrund kollisionsgefährdeter Groß- und Greifvogelarten untersucht werden müsse. Hier seien aber sogar 2.000 m untersucht worden, daher liege eine gute Datengrundlage vor. Auch sei den Hinweisen der UNB und der Biologischen Station des Kreises Steinfurt nachgegangen worden. Für den 3.800 m entfernt brütenden Rotmilan sei 2015 eine Raumnutzungsanalyse durchgeführt worden. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass keine essenziellen Nahrungshabitate im Bereich des geplanten Windparks liegen. Rotmilane bräuchten für die Jagd kurze, offene Strukturen oder kurz geschnittenes Grünland, wie es sich im Bereich des Horstes befinden würde. Vor allem in den von Grünland dominierten Niederungen von Mühlenbach und Bullerbach mit den Naturschutzgebieten „Flaaken“ und „Feuchtwiesen Bullerbach“ gäbe es das größte Nahrungsangebot für den Rotmilan. Die um den Windpark liegenden strukturarmen Ackerflächen, gebe es auch überall anders im Umkreis um den Windpark und würden daher keine besondere Bedeutung für den Rotmilan aufweisen.

„Die Störungswirkungen von WEA auf Vögel würden unberücksichtigt bleiben. Sie beschränke sich nicht allein auf echte Scheuchwirkung oder Vergrämung, sondern werde sich analog zu den Effekten des Straßenverkehrs auch in einer Minderung des Reproduktionserfolges für Vogelarten im Nahbereich von WEA niederschlagen. Denn die Wirkmechanismen, die zu entsprechenden Effekten durch Straßenverkehr führen und sich aus Licht-, Lärm- und Bewegungsreizen zusammensetzen, gingen in gleicher Weise auch von WEA aus. An einer solchen Betrachtung fehle es.“

Herr Clausdeinken könne dies nicht bestätigen. Alle Brutvögel sowie windkraftsensible Großvogelarten seien hinsichtlich der visuellen und akustischen Störwirkung untersucht worden. Dies sei auch in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) dargestellt. Für die Rohrweihe werde eine erhebliche Beeinträchtigung durch die Störungswirkungen angenommen sowie anlagenbedingte erhebliche Beeinträchtigungen für Feldlerche, Kiebitz, Rohrweihe und Wachtel. Dafür seien Vermeidungsmaßnahmen sowie CEF-Maßnahmen vorgesehen.

„Die Erfassung der Fledermäuse sei defizitär. Der Windenergieerlass sehe 14 stationäre Erfassungen zwischen Mitte April und Mitte Oktober vor und damit mehr als hier vorgenommen. Mobile Detektoruntersuchungen sollen ebenfalls an 14 Terminen erfolgen. Die im Erlass vorgesehene Dauererfassung sei vom 1. April bis 15. November in diesem Umfang nicht erfolgt. Die unzureichende Untersuchung habe zur Folge, dass die Aktivitäten der Fledermäuse nicht aus-

reichend ermittelt worden seien. Die erforderlichen Untersuchungen seien vor einer Genehmigungserteilung durchzuführen und nicht in einer Nachgenehmigungsphase.“

Herr Clausdeinken entgegnet, dass die Erfassung der Fledermäuse hinreichend untersucht worden sei, da nach 12 Untersuchungsterminen kein weiterer Erkenntnisgewinn zu erwarten und dies mit der UNB abgestimmt gewesen sei. Laut dem WEE müsse es minimal acht Begehungen geben, wenn es zusätzlich eine stationäre Dauererfassung je geplantem WEA-Standort gebe. Hier sei ein zweijähriges Gondelmonitoring mit einem Dauererfassungsgerät pro WEA als Vermeidungsmaßnahme vorgesehen. Der späte Beginn der Erfassungen lasse sich auf das Kältefrühjahr 2013 mit überwiegend 0 °C zurückführen, wodurch die Erfassung erst ab Mitte April erforderlich gewesen sei, da vorher keine Fledermausaktivität zu verzeichnen gewesen sei.

„Die Erfassungstermine der Rast- und Gastvögel hätten Ende Juli 2013 begonnen und endeten Ende April 2014. Die Monate Mai, Juni und Juli seien daher nicht bzw. nicht vollständig erfasst worden, obwohl es sich um die Aufzucht- und Fütterungsphase mit entsprechend hoher Flugaktivität handele. Verschiedene Vogelarten (z.B. Wespenbussard) würden mit der Brut erst im Zeitraum Juni/Juli beginnen.“

Herr Röwekamp unterstellt in diesem Punkt ein Missverständnis, da sich Rast- und Gastvögel hier lediglich im Winter aufhalten würden und daher nicht im Sommer zu betrachten seien. **Herr Clausdeinken** ergänzt, dass der WEE einen Untersuchungszeitraum von Anfang Juli bis Ende April vorgebe, der eingehalten worden sei. Es sei zudem eine vollständige Erfassung der Brutvögel in 500 m und der windkraftsensiblen Greif- und Großvogelarten bis 2.000 m durch die Erfassung der Rast- und Gastvögel von Mitte März bis Ende Juni erfolgt. Daher bestehe eine lückenlose Erfassung der gesamten Avifauna.

„Da die Erhebungen im April 2014 abgeschlossen gewesen seien, könnten sie nicht den aktuellen tatsächlichen Stand wiedergeben.“

Herr Röwekamp merkt an, dass diese Aussage zutreffe, die Gutachten dennoch verwendet werden dürften, da diese auch erst eingereicht werden könnten, sobald diese abgeschlossen seien. **Herr Clausdeinken** ergänzt, dass laut dem WEE Gutachten möglichst nicht älter als fünf Jahre seien sollten, dies sei hier gegeben. Zudem sei aktuellen Hinweisen, wie z.B. der Brut der Rohrweihe aus 2016, nachgegangen worden.

„Bei der Erfassung der Brutvögel habe es nur sechs morgendliche Begehungen im Zeitraum April bis Juli 2014 gegeben. Es sei nicht möglich alle im Gelände akustisch und optisch wahrnehmbaren Vögel in sechs Begehungen zu erfassen. „

Herr Clausdeinken führt aus, dass laut dem WEE in strukturarmen Agrarlandschaften mindestens sechs Begehungen von Ende März bis Mitte Juli vorgesehen seien, da es sich um überschaubare Landschaften handele, in die man weit einhören und einsehen könne. Hier seien zehn Termine durchgeführt worden. **Herr Schönheim** ergänzt, dass zwei Personen die Termine durchgeführt hätten und jeweils einen abgeschlossenen Raum betrachten mussten, es habe kein Funkkontakt bestanden. Diese Vorgehensweise richte sich nach SÜDBECK et. Al (2005).

„Die Raumnutzungsanalyse des Büros Seling befinde sich nicht bei den ausgelegten Unterlagen. Nach den Ausführungen des Büros BMS hätten Untersuchungen an nur acht Terminen von Juni bis August 2015 (2 Monate) stattgefunden. Für den Rotmilan seien Raumnutzungsanalysen grds. von Ende Februar bis Ende Oktober durchzuführen. Gerade von Februar bis Juli sei eine starke Frequentierung der Nahrungshabitate und Überflugstrecken festzustellen.“

Frau Steinhorst merkt an, dass eine Raumnutzungsanalyse nicht für dieses Gebiet durchgeführt worden sei, sondern nur für den Rotmilan am Liener Landweg. So könne man nicht wissen, ob es sich bei den Sichtungen um denselben Rotmilan handele oder um einen mit einem anderen Standort in dem Gebiet. **Herr Schönheim** entgegnet, dass aufgrund der Raumnut-

zungsanalyse die Nahrungshabitate des Rotmilans festgestellt worden seien. In der Raumnutzungsanalyse habe man im Umkreis von 4 km (auch auf nordrhein-westfälischer Seite) untersucht und keinen weiteren Rotmilan in der Nähe feststellen können. Die Analyse sei auch zum Schutz des Rotmilans (Flugrouten, Nahrungshabitate) erstellt worden und nicht auf den Windpark bezogen. **Herr Röwekamp** führt aus, dass bei Hinweisen auf ein neues Vorkommen eines Rotmilans dies geprüft und damit umgegangen werden müsse.

„Die Untersuchungen seien mit zu kurzen Beobachtungszeiten durchgeführt worden. Fachkreise fordern Beobachtungszeiten von mindestens sechs Stunden in den frühen Morgenstunden bis in den Abend hinein, da Rotmilane oft erst nach Stunden zum Horst zurückkehren würden.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass die Zeiträume für die Untersuchung ausreichend gewesen seien, da man feststellen konnte wo sich der Rotmilan aufhalte und wo er hinfliege. Ein weiterer Erkenntnisgewinn sei durch weitere Untersuchungen nicht zu erwarten gewesen.

„Zu der Raumnutzungsanalyse sei nicht ersichtlich, wann, wie lange und bei welcher Witterung der Rotmilan beobachtet worden sei. Ebenso ergeben sich nicht die Fixpunkte der Beobachtung, von wem die Fixpunkte besetzt waren und wie die Beobachter untereinander in Verbindung standen. Die Einsehbarkeit in den Raum sei daher nicht einzuschätzen.“

Herr Clausdeinken erwidert, dass die Angaben zu den Terminen der Raumnutzungsanalyse dem Fachgutachten vom Seling (2015) zu entnehmen seien. Termine und Witterung der Rastvogeluntersuchungen seien im Anhang 2 der saP zu finden.

„Es sei nicht nachvollziehbar wieso die Begutachtung der windkraftsensiblen Großvogelarten zu dem Ergebnis gelange, dass für Rotmilan und Turmfalke nur von einer geringen Nutzung als Nahrungshabitat mit einer geringen bis allgemeinen Bedeutung als Nahrungshabitat ausgegangen werde.“

Herr Clausdeinken erläutert, dass der Rotmilan, wie bereits erwähnt, Grünlandniederungen von Mühlenbacg und Bullerbach in den Naturschutzgebieten „Flaaken“ und „Feuchtwiese Bullerbach“ außerhalb des Plangebietes nutz würde. Die Ackerflächen des Plangebietes weisen nur eine allgemeine Bedeutung auf. Auch der Turmfalke benötige kurze Vegetationen um zu jagen. Zudem brüte der Turmfalke in mehr als 1.000 m Entfernung zu den geplanten WEA und liege somit außerhalb des Prüfbereichs.

„Bei der Raumnutzungsanalyse würden nicht die Vorgaben des aktuellen Helgoländer Papiers beachtet und dadurch auch nicht der aktuelle Stand der Wissenschaft. Zwei Urteile des Bayrischen Gerichtshofs würden darauf hinweisen, dass die Maßgaben des Helgoländer Papiers 2 und die Hinweise der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014/2015 zu befolgen seien.“

Herr Clausdeinken weist darauf hin, dass dies bereits umfassend erörtert worden sei.

„Es sei, entgegen der Gutachten, davon auszugehen, dass im Umfeld von mindestens 4.000 m um die WEA mehrere Horste von Rotmilanen vorhanden seien. Die vorhandene Raumnutzung könne durch Gewährsleute bestätigt werden. Es sei auch nicht nachgewiesen, dass die vom Gutachter gesichteten Rotmilane vom bestätigten Horst stammen und es sich nicht ebenso um ein weiteres Brutpaar aus einem noch nicht gefundenen, nähergelegenen Horst handele.“

Herr Clausdeinken entgegnet, dass in einem Radius von 2.000 m untersucht und keine Hinweise auf weitere Brutplätze gefunden worden seien. Sollte es Hinweise geben, sollten diese dem Landkreis mitgeteilt werden.

„Die vorhandenen Gutachten würden nur einen Beobachtungsraum bis 2.000 m berücksichtigen. Dies entspreche nicht den Vorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft.“

Herr Clausdeinken gibt an, dass diese Aussage sachlich falsch sei. Der WEE gebe 1.000 m für die Untersuchung von Groß- und Greifvogelarten vor, hier seien sogar 2.000 m betrachtet worden.

„Im Jahr 2016 werde nur eine einzige Feststellung des Brutstandortes der Rohrweihe aufgeführt. Es handele sich nicht um aktuelle Daten, die zur Beurteilung der naturschutzrechtlichen Belange in 2018 geeignet seien. Auch in gerichtlichen Überprüfungen werde der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über den Antrag angewendet.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass die Kartiererergebnisse nicht älter als fünf Jahre seien. Zudem sei die Rohrweihe aus dem Jahr 2016 berücksichtigt und als erheblich betroffen angenommen worden. Weitere Rohrweihenbruten seien auch nicht bei der Raumnutzungskartierung 2017 festgestellt worden. Die Ausnahme vom Tötungsverbot sei beantragt und weitere Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen geplant worden.

„Laut Gutachten brüte die Rohrweihe in 180 m Entfernung zur WEA 1. Die Rohrweihe sei aufgrund der Bedrohung ihrer Populationen unter den höchsten Schutz gestellt und vom Aussterben bedroht. Das Bayerische Landesamt für Umwelt schreibe einen Ausschlussbereich von 1.000 m um bekannte Standorte der Rohrweihe daher vor. Für regelmäßig genutzt Nahrungshabitate gelte ein Prüfbereich von 6.000 m um WEA.“

Herr Clausdeinken entgegnet, dass diese Aussage falsch sei, da die Rohrweihe nicht mehr in der Roten Liste verzeichnet sei. Sie sei sogar aufgrund einer stabilen Populationsentwicklung (Bundesamt für Naturschutz 2013) auf die Vorwarnliste vorgerückt. Die Abstandsempfehlungen nach dem WEE würden eingehalten und eine Beeinträchtigung der Art sei angenommen worden. **Herr Schönheim** ergänzt, dass bei Rohrweihen, die an bekannten Standorten, z.B. Röhrichten, brüten, eine Entfernung von 1.000 m einzuhalten sei. Hier handele es sich dagegen um eine Ackerbrut, die je nach der Feldfrucht immer an anderen Standorten brüte und der je nach Reviergröße bis zu 5 km entfernt vom vorjährigen Brutstandort liegen könne. Es seien jährliche Kartierungen vorgesehen, die zu einer Abschaltung einzelner WEA führen können.

„Da die Brutzeiten der Rohrweihe zwischen April und August und bis in den September liegen würden, seien die durchgeführten Begehungen auch hier nicht ausreichend.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass der Brutplatz der Rohrweihe in 2016 festgestellt worden sei. Daher seien die Begehungen auch ausreichend gewesen.

„Aufgrund des signifikant erhöhten Tötungsrisikos und des Störungsverbots dürfe die Genehmigung nicht erteilt werden. Aufgezeigte Minderungs- oder Vermeidungsmaßnahmen seien unbehelflich. Ebenso eine stundenweise Betriebseinschränkung aller beantragten WEA, da diese von Februar bis Oktober nicht laufen dürften. Zusammen mit der nächtlichen Abschaltung für die Fledermäuse könne das Vorhaben nicht wirtschaftlich sein.“

Herr Clausdeinken merkt an, dass er die Wirtschaftlichkeit nicht beurteilen könne. Durch die Vermeidungsmaßnahmen VM 4: Betriebseinschränkungen während der Brutzeit, VM 6: Nahrungsflächen im Windpark unattraktiv gestalten, VM 8: Betriebszeiteinschränkung während Mahd- und Ernteterminen sowie den Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes FCS 1: Produktionsintegrierte Nutzungsextensivierung auf 2 ha Fläche und FCS 3: Umwandlung von 4,4 ha Ackerflächen in Extensivgrünland sowie weitere Extensivierungsmaßnahmen für andere Arten, würde der Erhaltungszustand der Art gesichert. Insgesamt handele es sich um einen Kompensationsumfang von 10,5 ha Extensivgrünlandumwandlung, 3 ha Ackerbrache und 2 ha Nutzungsextensivierung und die hinzukommenden Abschaltzeiten und Vermeidungsmaßnahmen.

Frau Steinhorst halte die Abschaltzeiten für zu gering. Das Kontingent befasse sich nicht mit tagen- oder stundenweisen Abschaltungen, sondern lediglich nach den Kilowattstunden. Bei ihrer Hochrechnung des Kontingents in Tage sei herausgekommen, dass für die Vögel eine

Abschaltzeit von nur insgesamt fünf Tagen zur Verfügung stehe. **Herr Rolf** entgegnet, dass nicht die Anzahl der abgeschalteten Tage maßgeblich sei, sondern die Tötungsgefahr zu den Risikospitzen abzumildern. Man habe hier Konflikte für den Mäusebussard und den Turmfalken z.B. erkannt, obwohl diese nicht einmal gelistet seien. Laut dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) müsse bei einer Ausnahme vom Tötungsverbot nach dem Ermessen gehandelt werden, daher müsse der Betreiber angeben, was er als Abschaltkontingent zur Verfügung stehen habe. Sollte eine Ausnahme erteilt werden, würde jährlich geschaut welche Vögel vor Ort seien und auf die Veränderungen mit angepassten Abschaltzeiten, aber immer mit derselben Kontingenthöhe reagiert werden, da der Betreiber einen Vertrauensschutz habe. Sollte sich nach dem Gondelmonitoring herausstellen, dass für die Fledermäuse weniger Abschaltungen notwendig wären, würde das frei werdende Kontingent dann für den Vogelschutz eingesetzt werden. **Frau Reischert** führt an, dass der Landkreis Osnabrück führend in der Erteilung von Ausnahmen vom Tötungsverbot für diverse Vogelarten sei. Wenn in anderen Landkreisen so viele Arten betroffen seien, würde keine Genehmigung erteilt werden. Hier sei es dagegen egal, welche Vogelart vorkomme, da im diesem Falle eine Ausnahme erteilt werde. **Herr Rolf** entgegnet, dass nicht grundsätzlich immer eine Ausnahme erteilt werde. Das hier angewendete Modell von Dr. Schreiber gehe sogar weit über die Anforderungen des Leitfadens für Artenschutz hinaus. Der Mäusebussard werde z.B. in vielen Landkreisen erst gar nicht betrachtet, hier würde allerdings geprüft, ob eine Ausnahme erteilt werden könne, wodurch temporäre Abschaltzeiten und umfangreiche FCS-Maßnahmen für den Mäusebussard eingerichtet würden. Der wirksamste Kollisionsschutz für Vogelarten bestehe darin, dass die WEA sich nicht drehen. Der Umfang der Abschaltungen müsse dabei für den Betreiber vertretbar sein. Durch die Handlungsempfehlung von Dr. Schreiber ließen sich die Risikominimierung sowie der Ertragsausfall gut berechnen. In diesem Verfahren sei das Kontingent bisher noch nicht überprüft worden. **Herr Schönheim** ergänzt, dass andere Landkreise Arten wie Mäusebussard, Feldlerche und weitere gar nicht berücksichtigen würden, sondern einfach eine Genehmigung bei deren Vorkommen erteilen würden.

„Auch bei den Vorkommen von Mäusebussard und Turmfalke bestehe ein entgegenstehender naturschutzrechtlicher Belang nach § 44 Abs. 1 BNatSchG.“

Herr Rolf hält fest, dass dies soeben erläutert worden sei.

„Der Gutachter könne eine Tötung von einzelnen Feldlerchen nicht ausschließen. Da Feldlerchen im Schwarm fliegen, könne es auch zur Tötung mehrerer Tiere kommen.“

Herr Schönheim erläutert, dass die Brutvögel betrachtet würden und nicht das allgemeine Lebensrisiko der umherfliegenden Feldlerchen. **Herr Clausdeinken** ergänzt, dass zudem auch eine Ausnahme vom Tötungsverbot für die Feldlerche beantragt werde. Es könne zwar zu einer Tötung einzelner Individuen kommen, dafür würden aber auch Maßnahmen wie 2 ha Ackerbrache durch Selbstbegrünung sowie die Umwandlung von 6,1 ha Ackerfläche in Extensivgrünland durchgeführt. Auch von dem 1 ha Ackerbrache für die Wachtel würde die Feldlerche profitieren.

„Die aufgezeigten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für den Mäusebussard würden nicht greifen, da die festgestellten Brutplätze sehr nah an den WEA liegen (415 m bzw. 1.000 m) und eine Ablenkung keinen Erfolg zeigen werde.“

Herr Clausdeinken legt dar, dass dem WEE gefolgt werde. Das Brutpaar in 415 m Entfernung werde als erheblich beeinträchtigt angesehen, daher werde eine Ausnahme vom Tötungsverbot beantragt und entsprechende Maßnahmen für den Mäusebussard getroffen werden. Die Brutpaare außerhalb von 1.000 m lägen außerhalb des Prüfbereichs und seien daher nicht zu berücksichtigen.

„Beim Kiebitz handele es sich sehr wohl um eine windkraftrelevante Vogelart. Ein Meideverhalten sei nicht bewiesen. Da eine starke Population im Bereich der WEA festgestellt worden sei,

liege ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko vor (ein Revier weniger als 100 m und fünf Reviere weniger als 200 m zu WEA entfernt).“

Herr Clausdeinken sehe dies anders, da aufgrund der Meidung von vertikalen Strukturen und der daraus resultierenden Brutplatzaufgabe für den Kiebitz eine Beeinträchtigung angenommen worden sei. Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko werde aufgrund dieses Meideverhaltens nicht angenommen.

„Das vorliegende fledermauskundliche Gutachten sei unvollständig, da ein Netzfang nicht durchgeführt und somit nicht alle hochfliegenden Arten festgestellt worden seien.“

Herr Clausdeinken erläutert, dass durch einen Netzfang nicht die auf 100 m hoch fliegenden Arten erfasst werden könnten. Ein solcher Fang sei auch durch den WEE nicht vorgesehen.

„Laut fledermauskundlichem Gutachten besitze das Gebiet eine hohe Qualität als Teillebensraum, daher stelle die Nutzung für WEA einen erheblichen Eingriff dar. Es bestehe ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko.“

Herr Clausdeinken stimmt zu, dass es wertvolle Teillebensräume innerhalb des Plangebiets gebe. Daher seien einige Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen: Eine Betriebszeiteneinschränkung zur Migration und Balz (VM 9), Betriebszeiteneinschränkung zur Aufzuchtzeit (VM 10), ein Gondelmonitoring (VM 11) und eine Baumhöhlenkontrolle (VM 12). **Herr Rolf** ergänzt, dass die jährlich festzusetzenden Abschaltzeiten für die Vögel auf Grundlage von den einzureichenden Kartierergebnissen für alle Windparks im Landkreis Osnabrück durch den Landkreis geprüft und angeordnet würden.

„Da für die Rohrweihe, die Feldlerche und den Mäusebussard ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko vorliege, solle sich auf die Ausnahmegesetzgebung des § 45 Abs. 7 BNatSchG berufen werden, die allerdings europarechtswidrig sei. Art. 9 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie lasse eine Ausnahme aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses nämlich nicht zu.“

Herr Rolf erwidert, dass nach dem § 45 Abs. 7 BNatSchG gehandelt werde. Falls das BNatSchG europarechtswidrig sein sollte, wäre dies gerichtlich zu überprüfen. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass es der Behörde nicht freistehe zu entscheiden nach welchen Gesetzen verfahren werden dürfe.

„Im Übrigen fehle es ohnehin an einem zwingenden Grund des überwiegenden öffentlichen Interesses. Ebenso seien zumutbare Alternativen gegeben. Als Zwingendes öffentliches Interesse könne nicht die Umsetzung der Energiewende genannt werden, da das Vorhaben aufgrund der weiteren Ausweisung und Nutzung zusätzlicher Windenergiegebiete hierfür nicht erforderlich und überflüssig sei.“

Herr Rolf entgegnet, dass das überwiegende öffentliche Interesse nur eins von drei Tatbestandsmerkmalen sei, die für die Erteilung einer Ausnahme vorliegen müssten. Zusätzlich müssten noch die Alternativlosigkeit des Vorhabens an der Stelle nachgewiesen werden und ferner dürfe sich der Erhaltungszustand der betroffenen Art nicht verschlechtern. Auch bei anderen Windparks sei die Energiewende als Argument angeführt und auch für nachvollziehbar angesehen worden, dies werde auch weiterhin so gesehen, denn von der Energiewende profitiere auch die Allgemeinheit. **Frau Reischert** erwidert, dass das überwiegende Interesse für den Vorhabenträger nicht die Energiewende, sondern die Wirtschaftlichkeit sei. Ein öffentliches Interesse an dem Ausbau der Windenergie bestehe nicht, da die Steuerzahler diesen Ausbau auch gar nicht wollen. Das Interesse der Erhaltung der Naturräume sei viel stärker vertreten. Sie fragt, ob es z.B. Fälle gebe in denen Erholung, der Lebensraum und der Artenschutz höher gestellt seien als der Ausbau von Windenergie. **Herr Koitka** führt dazu aus, dass es z.B. in Vorranggebieten für ruhige Erholung keine Windenergie geben dürfe. **Frau Reischert** fragt, ob das Naturschutzgebiet in NRW keine Rolle spiele. Es liege nur 1.000 m entfernt des geplanten Windparks und sei ein Landschaftsschutzgebiet, das auch zur Erholung genutzt werde. **Herr**

Rolf merkt an, dass zwar innerhalb von Landschaftsschutzgebieten keine WEA errichtet werden dürften, außerhalb von diesen allerdings schon. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass bei einem Eingriff in das Landschaftsbild eine Kompensation über ein Ersatzgeld üblich sei, wenn der Eingriff in der Realität nicht kompensierbar sei. Im Außenbereich dürfe bei privilegierten Vorhaben ein öffentlicher Belang, wie z.B. das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, dem Vorhaben dürfe dieser Belang allerdings nicht entgegenstehen. Es sei zudem klar, dass der Betreiber an den WEA ein wirtschaftliches Interesse habe, dies könne aber kein Vorwurf sein.

„Seitens der Behörde sei zu ermitteln, wo sich Nahrungshabitate befinden und ob auf diese von einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos auszugehen sei. Dies beinhalte eine Erfassung und kartografische Darstellung der Nahrungshabitate und Flugwege, der für die artrelevanten Bewirtschaftung und einzelner Bewirtschaftungsereignisse und Aussagen zur Raumnutzung. Daran fehle es.“

Herr Rolf führt aus, dass die Behörde auf Grundlage der Antragsunterlage ermittle. Hinsichtlich der Raumnutzungsanalyse sei festzuhalten, dass diese immer nur für das Jahr gültig sei, in dem sie erstellt wurde. Daher würde hier ein strengerer Weg durch das Vogelmonitoring gegangen werden, indem jedes Jahr geschaut werde wie sich die Situation vor Ort geändert habe und dann damit umgegangen werde.

„Die Sinnhaftigkeit einer Raumnutzungsanalyse müsse infrage gestellt werden, da diese lediglich eine stichprobenartige Momentaufnahme darstellen könne, die nicht über die zum Untersuchungszeitpunkt bestehenden Umstände hinausgehe.“

Herr Rolf bestätigt dies und verweist auf seine vorherige Aussage. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass die Gutachten von 2014/15 seien und sich die Situation bis heute geändert haben könnte, daher müsse nach dem Konzept des Landkreises jedes Jahr neu geschaut werden.

„In der ausgewiesenen Fläche hätten zahlreiche Tierarten (Fledermäuse, Vögel etc.) ihren Lebensraum, der durch bauliche Maßnahmen und dem Betreiben von WEA nachhaltig gestört werde. Es werde gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verstoßen, der die Tötung geschützter Tierarten verbiete.“

Herr Röwekamp weist darauf hin, dass dies bereits ausführlich besprochen worden sei.

„Der Lebensraum der Tierarten werde entwertet und viele Vogelarten würden ihre angestammten Brutplätze verlassen und WEA meiden. Außerdem haben WEA eine nachgewiesene Scheuchwirkung auf Wiesenvögel.“

Herr Schönheim bestätigt dies und weist auf den Kiebitz hin, für den auch aufgrund des Meideverhaltens ein Brutplatzverlust angenommen werde. Daher müssten neue Brutplätze geschaffen werden.

„Die Funktionsraumanalyse Rotmilan könne nicht aus einem benachbarten Windpark aus dem Jahr kopiert werden. Durch die Realisierung der 4 WEA in 2016 habe sich der Lebensraum für den Rotmilan maßgeblich verändert. Daher werde sich auch das Revierverhalten verändert haben. Dies sei neu zu bewerten.“

Herr Clausdeinken widerspricht dieser Einwendung, da das Problem beim Rotmilan darin liege, dass er gerade nicht die WEA meide und dadurch geschlagen werden könne. Das Plangebiet weise aber, wie bereits erörtert worden sei, keine essenzielle Bedeutung als Nahrungshabitat auf.

„Die Lebensräume der Feldlerche, des Mäusebussards, der Rohrweihe, des Rotmilans und der Fledermäuse gingen verloren.“

Frau Reischert fragt, ob dies seitens der Behörde einfach hingenommen werde. **Herr Rolf** führt aus, dass man nicht sagen könne, dass Lebensräume verloren gingen. Es würde durch Ausnahmen zwar in Kauf genommen, dass einzelne Tiere sterben, dafür müssten aber populationsstützende Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden, die die Lebensräume der Arten sogar stärken würden, sodass die Arten sich neue Räume schaffen könnten. Der Rotmilan sei von den geplanten Anlagen weit genug entfernt und es gebe keinen Hinweis, dass das Tötungsrisiko signifikant erhöht sei.

„Das Vorkommen der Rohrweihe in dem Gebiet sei seit mehreren Jahren bekannt. Es sei nicht zu erwarten, dass die standorttreuen Vögel die 2 km entfernte Kompensationsfläche annehmen werden.“

Herr Schönheim legt dar, dass es in Glandorf mehrere Bereiche gebe, in denen die Rohrweihe brüten könne. Ein Revier einer Rohrweihe könne 500 ha und somit mehrere geeignete Brutplätze umfassen. Rohrweihen, die in Schilfröhrichten oder in Sümpfen brüten, seien standorttreu, Ackerbruten würden sich allerdings jährlich nach der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung richten und daher ihren Standort wechseln.

„Weitere Kompensationsflächen in Lienen bzw. Glane-Visbeck lägen so weit entfernt, dass sie für den Rotmilan, den Mäusebussard oder die Feldlerche keinen Schutz darstellen würden.“

Herr Clausdeinken erwidert, dass diese Aussage nicht richtig sei, denn es gehe bei diesen Maßnahmen um die Wahrung des Erhaltungszustandes der Population der betroffenen Art in der biogeographischen Region und nicht nur um die Bereiche an der Windparkfläche. Es ginge außerdem gerade darum die ansässigen Vögel von dem Windpark wegzulocken, daher müssten diese Flächen mindestens in einer Entfernung von 500 m liegen.

„Abschaltzeiten während besonders kritischen Zeiten seien für Fledermäuse, Mäusebussard, Feldlerche und Rohrweihe so gering bemessen, dass das signifikant erhöhte Tötungsrisiko bestehen bleibe. Diese Prüfung könne nicht als Voraussetzung für eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG gewertet werden. Eine Ausnahme vom Tötungsverbot scheine beim Landkreis Osnabrück zum Standard zu werden. Das wirtschaftliche Interesse stehe über dem Schutz der Anwohner und der geschützten Arten.“

Herr Röwekamp hält fest, dass diese Einwendungen bereits erörtert worden seien.

TOP 6 „Eingriffe in Natur und Landschaft“

„Die errechnete Ersatzgeldzahlung für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sei zu gering. Die in der Kalkulation erhobenen Investitionskosten würden erheblich unter denen vergleichbarer Windparks liegen. Beispielsweise würden für die gesamte Grundstücksbeschaffung inkl. der WEA-Stellplätze und für Ausgleichskosten 384.000 € genannt. Dagegen seien allein für die Beschaffung und Anlage von 10,5 ha Grünland als Teil der Kompensationsflächen Kosten von 535.500 € angegeben worden. Eine Neuberechnung sei daher erforderlich.“

Herr Clausdeinken stimmt dieser Aussage zu. Durch die Änderung der Beschaffung von mehr Kompensationsflächen habe sich die Kompensationszahlung erhöht und müsse noch nach oben angepasst werden, wodurch sich auch die Ersatzgeldzahlung erhöhe. Diese Aufstellung werde zeitnah nachgereicht. **Herr Röwekamp** regt an, dass diese dann auch dem Protokoll angefügt werde. **Frau Steinhorst** wendet ein, dass laut der Kammer die Anlagen nicht für drei Millionen Euro zu bekommen seien. **Herr Boßmeyer** führt an, dass häufig bei angegebenen Beträgen, z.B. in Zeitungen, auch die Projektierkosten und die Kosten der Gutachten mit angegeben seien, diese seien aber nicht Teil der Aufstellung der Herstellungskosten, die in den Antragsunterlagen beiliegen. **Herr Franz** fragt, ob in der Wirtschaftlichkeitsberechnung Vorkosten wie z.B. für die Gutachten mitbetrachtet worden seien. **Herr Last** bejaht dies, da für die Wirtschaftlichkeit des Projektes alle Kosten relevant seien, die im Rahmen des Projekts entstün-

den. **Frau Steinhorst** erwidert, dass an dem geplanten Standort kaum Wind zu erwarten sei und sich das Projekt daher nicht lohnen werde. Außerdem sei bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einem Betrag von 7 ct pro Kilowattstunde gerechnet worden und liege viel höher, als die Beträge, die nach der öffentlichen Ausschreibung zu erwarten seien. **Herr Röwekamp** erwidert, dass auf der Planungsebene betrachtet worden sei, ob man auf dieser Fläche überhaupt wirtschaftlich Energie erzeugen könne. Im Genehmigungsverfahren werde dies aber nicht erneut betrachtet. Wenn das beantragte Abschaltkontingent mit 7 ct berechnet und beantragt worden sei und so genehmigt würde, müsste sich der Betreiber auch an das Kontingent halten. Sollte sich das Abschaltkontingent im Laufe des Genehmigungsverfahrens verringern, könne dies über die Anwälte mitgeteilt werden.

„Die etwa 75 m südöstlich der WEA 4 gelegene Kompensationsfläche der Gemeinde Glandorf bleibe in wesentlichen Teilen hinsichtlich ihrer Bedeutung unberücksichtigt. Es sei sicherzustellen, dass eine Beeinträchtigung durch den Windpark ausgeschlossen werden könne oder geeignete Maßnahmen zu ihrer Vermeidung oder Kompensation getroffen würden.“

Herr Clausdeinken erwidert, dass die Kompensationsfläche hinsichtlich sämtlicher Schutzgüter untersucht worden sei. Hier handele es sich um Trockenrasen. Es werde z.B. durch die Grundwasserabsenkung keine Veränderung der Vegetation geben, auch wenn sich die Fläche innerhalb des Absenkungsbereichs befinde, da die Fläche sowieso trocken sei.

„Die Eingriffsbilanzierung enthalte korrekturbedürftige Rechenfehler.“

Herr Clausdeinken gibt dieser Aussage Recht, da in der Tabelle 10 des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) die Zeile 6 doppelt sei. Dies müsse korrigiert werden und werde anschließend zum Protokoll gegeben.

„Die Kompensationsmaßnahmen CEF 1 und CEF 3 würden die Entwicklung von Extensivgrünland vorsehen. Allerdings sei die Aufbringung von Dünger bis zum 31.03. eines jeden Jahres hinsichtlich der Menge unbegrenzt möglich, sodass hierdurch die Extensivierung fraglich werde.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass der Antrag um den Verzicht auf Düngung und Pestizide ergänzt werde. Sollte es zu einer Ausbreitung z.B. des Jakobskreuz kommen, wäre es die Sache des Pächters z.B. mechanisch dagegen vorzugehen oder es so zu belassen. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass es im Falle einer Genehmigung auch zu einer Regelung kommen könne, dass im Einzelfall Pflanzenschutzmittel oder eine Düngung zulässig wäre, dies müsse allerdings im Verfahren erst noch geprüft werden.

„Die Maßnahmen CEF 1 sollen der Entwicklung von Ausweichhabitaten für den Verlust von 6 Kiebitz- und 4 Feldlerchenbrutplätzen dienen. Die 3 ha in der Gemarkung Lienen seien aufgrund der Gehölze, die die Fläche in geringer Entfernung umgeben, ungeeignet. Die 1,1 ha in der Gemarkung Glane-Visbeck seien wegen der unmittelbaren Nähe zur B 51 und zu Waldflächen ungeeignet. Die 2 ha in der Gemarkung Glane-Visbeck seien wegen der Nähe zu einem Hofgebäude und zu Feldgehölzen weitgehend ungeeignet.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass die Absicht bestehe, für die 3 ha in der Gemarkung Lienen und die 1,1 ha in der Gemarkung Glane-Visbeck neue Flächen gesucht würden, da z.B. die Fläche in Lienen zwar vermutlich angenommen würde, aber durch die Meidung von vertikalen Strukturen nicht uneingeschränkt dem Zweck dienen würde. Aufgrund der Einwendungen würde daher erneut gesucht werden, die Fläche am Glaner Bach werde aber für geeignet gehalten und bleibe als CEF-Maßnahme bestehen, da das Verkehrsaufkommen einer Kreisstraße nicht mit der B 51 zu vergleichen sei.

„Die Kompensationsmaßnahmen CEF 2 und FCS 2 würden die Entwicklung von Ackerbrachen durch Selbstbegrünung vorsehen. Bislang fehle eine konkrete Regelung zur Aufbringung von

Dünger. Eine Düngung der Brachflächen solle zur Erreichung des Ziels artenreicher Brachflächen unterbleiben.“

Herr Clausdeinken weist auf seine Aussage hin, dass Düngung und die Anwendung von Pestiziden untersagt werden würde.

„Die Kompensationsmaßnahme FCS 1 „Extensiver Anbau von Getreide“ mit doppeltem Saatreihenabstand sei nur unter Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutzmittelersatz eine sinnvolle Maßnahme. Auch sollte eine Rotation der Flächen eingeplant werden, um der übermäßigen Entwicklung von Problemwildkräutern vorzubeugen.“

Herr Rolf führt aus, dass bei einer extensiven Ackernutzung als Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme (PIK) zum Schutz der Arten grds. nichts gegen Düngereinsatz spreche. Es werde allerdings Vorbehalte geben, dass z.B. keine Insektizide eingesetzt werden dürften, um dem Konflikt zwischen Naturschutz und Landschaft entgegenzuwirken. Die Kompensations- und Ausgleichsflächen, die aufgrund der Eingriffsregelung resultieren, könnten auch nach Baubeginn umgesetzt werden. CEF-Maßnahmen müssten allerdings vor Baubeginn entstehen, da ein Ausweichen der Tiere auf diese Flächen möglich sein müsse. **Herr Mechelhoff** wendet ein, dass beim Windpark am Liener Landweg nach 15 Monaten immer noch nicht alle Flächen umgesetzt worden seien. **Herr Röwekamp** bittet um eine Mitteilung im Nachgang des Termins, am besten mit Foto, damit dieser Hinweis nachvollzogen werden könne. Allerdings sei dies nicht im Rahmen dieses Vorhabens zu überprüfen.

„Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB seien Bauvorhaben nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet. Es handle sich hier um eine kleinteilige, wechselhafte Landschaftsstruktur mit kleineren Acker- und Wiesengrundstücken und einzelnen Waldflächen. Die 4 geplanten WEA mit ca. 200 m Gesamthöhe zerstören die Eigenart der Landschaft, den Erholungswert und die Kulturlandschaft und würden das Landschaftsbild nachhaltig verändern.“

Herr Röwekamp merkt an, dass dieser Paragraph nicht die Zulässigkeit von Bauvorhaben regle, sondern die Beeinträchtigung öffentlicher Belange. Zudem seien WEA gerade im Außenbereich privilegiert. **Herr Rolf** fügt hinzu, dass eine Beeinträchtigung erkannt und bewertet worden sei und es dafür als Kompensationsmaßnahme eine Ersatzgeldzahlung für Projekte gebe. Mittels des Ersatzgeldes sollen Maßnahmen und Projekte gefördert und umgesetzt werden, mit denen das Landschaftsbild aufgewertet werden soll. Man könne sich z.B. an Landschaftsmerkmalen orientieren und durch Feldgehölze, Hecken, Blänken, Wald o.ä. das Landschaftsbild neu gestalten. Damit Projekte in den Regionen umgesetzt werden können, sei man auch auf die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger durch Einbringen von Ideen angewiesen, für Projekte, die man unterstützen könne. Der Umsatz solcher Maßnahmen müsse allerdings auch nicht direkt nach dem Bau der Anlagen, sondern könne auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Frau Steinhorst wendet ein, dass das Gebiet „im Torf“ nicht abgearbeitet werde. Diese Flächen würden durch die WEA überprägt. **Herr Schönheim** merkt an, dass dieses Gebiet mit der Wertstufe 4 bewertet worden sei. Durch die Berücksichtigung steige z.B. auch die Kompensationszahlung. **Herr Rolf** fügt hinzu, dass es sich dabei um die zweithöchste Wertstufe handle. Allerdings falle ein kleiner Raum bei der Bewertung nicht so sehr ins Gewicht wie z.B. ein flächendeckendes Landschaftsschutzgebiet. Ob die Bewertung in den Antragsunterlagen richtig erfolgt sei, müsse im Verfahren aber auch noch geprüft werden. Er merkt jedoch an, dass das Landschaftsbild bereits auf zwei Ebenen, im RROP und im FNP, berücksichtigt und festgestellt worden sei, dass auf dieser Fläche ein Raum für Windenergie bestehe. **Herr Röwekamp** fügt hinzu, dass durch die Privilegierung der WEA der Gesetzgeber angestrebt habe, WEA im Außenbereich errichten zu können. Sofern WEA genehmigt würden, müsse daher im Ausgleich auch für diese gezahlt werden. **Herr Koitka** führt aus, dass auch Flächen aus dem RROP rausgenommen worden seien, die grds. geeignet seien. So sei z.B. abgewogen worden, dass

WEA auf dem Höhenzug des Teutoburger Waldes dem Naturschutz und dem Landschaftsschutz entgegenstehen würden. Daher seien solche Flächen nicht ausgewiesen worden.

„Bei der Bewertung des Landschaftsbildes sei eine flurstückscharfe Abgrenzung der Wertstufen nicht akzeptabel, da sich in unmittelbarer Nähe Landschaftsräume mit der Wertstufe „sehr hoch“ bzw. „hoch“ befinden und die WEA tief in diese Landschaftsräume einwirken würden.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass die Bewertung des Landschaftsbildes nach der Methode Von Dressler flächendeckend für den gesamten Landkreis erfolgt sei. Danach habe man sich in Abstimmung mit der UNB gerichtet.

„Die Bewertung der Landschaft seien nur oberflächlich erfolgt. Es würden Sichtachsen und Sichtbeziehungen fehlen.“

Herr Clausdeinken verweist auf seine Ausführungen von eben. Die Landschaftsbildeinheiten seien durch die Methode nach Von Dressler vorgegeben. **Herr Schönheim** ergänzt, dass eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes erkannt werde, die nicht minimiert werden könne, wodurch eine Ersatzgeldzahlung gemäß dem WEE zu zahlen sei.

„Eine Abwägung zwischen dem Zweck des Vorhabens und dem öffentlichen Belang des Schutzes der Landschaft sei erforderlich. Grundsätzlich sei weder dem EEG, noch dem BNatSchG oder aus der Privilegierung der Windenergie aus § 35 BauGB ein Vorrang der Windenergie vor dem Landschaftsschutz vorgesehen.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass die Fläche für Windenergie vorgesehen sei, da diese als Vorrangfläche durch das RROP ausgewiesen worden sei. Es würden alle Schutzgüter berücksichtigt. **Frau Steinhorst** berichtet von einem Urteil des VG Stade aus Dezember 2017, in dem es heiße, dass nicht jeder Standort in einer Vorrangfläche für WEA geeignet sei. Daher müsse in dem Verfahren jetzt geschaut werden, ob die geplanten Standorte in dem Vorranggebiet überhaupt möglich seien. **Herr Röwekamp** stimmt zu, dass dies in den Genehmigungsverfahren geprüft werde, es jedoch keine bauplanungsrechtliche Abwägung gebe. Es würden insbesondere die Auswirkungen der Anlagen geprüft. Sofern alle Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen würden, gäbe es auch keinen Ermessensspielraum, sondern eine Genehmigung müsse dann erteilt werden.

„Durch den Bau von 4 WEA werde die natürliche Eigenart der Landschaft, die Ästhetik und ihr Erholungswert grob fahrlässig beeinträchtigt und das Landschaftsbild grob unangemessen verunstaltet. Dies gelte besonders, da es bisher keine Vorbelastung dieser Art gebe. Das Gebiet um den Windpark werde durch den Bau des Windparks funktional entwertet und grob fahrlässig belastet.“

Es wird festgestellt, dass diese Einwendung nicht weiter vertieft werden müsse, da das Thema bereits erörtert worden sei.

„Das Bundesnaturschutzgesetz siehe im § 1 vor, dass Natur und Landschaft im besiedelten wie unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und soweit erforderlich wiederherzustellen seien, dass die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert auf Dauer gesichert sei. Schönheit der Landschaft gelte also nicht nur als Schutzziel in sich selbst, sondern auch als Schutzzweck für die Erholung. Dagegen werde mit dem Errichten und dem Betrieb der WEA verstoßen.“

Herr Rolf führt aus, dass die Erholungsnutzung aus dem Schutzgut Mensch abgeleitet werde. Dies führe dazu, dass Landschaftsteile mit noch höheren Landschaftsbildeinheiten, als hier gegeben, nicht bebaut würden. Grds. dürfe ein Windpark auch mehrere Schutzgüter beeinträchtigen.

„Die vorgesehenen Kompensationsflächen seien unzureichend. Geplante neue Brutstätten der Rohrweihe lägen zwischen zwei landwirtschaftlichen Großbetrieben. Die Kompensationsflächen in Glane würden entweder direkt oder in unmittelbarer Entfernung an der B 51 liegen. Zudem stehe in 400 m Entfernung eine WEA. Da die Rohrweihe als schallempfindlich eingestuft werde, können diese Kompensationsflächen nicht anerkannt werden. Alle weiteren Kompensationsmaßnahmen seien ebenfalls auf deren Eignung zu prüfen.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass durch die geplante Nutzungsextensivierung auf 2 ha (FCS 1) ideale Lebensraumbedingungen für die Rohrweihe geschaffen würden. Der doppelte Saatreihenabstand schaffe offene Bodenstellen im Getreide, die als Brutplatz dienen könnten. Zudem werde durch die Extensivierung das Nahrungsangebot durch Kleinsäuger erhöht. Die Fläche an der B 51 werde sich, wie bereits erwähnt, ändern. Die Prüfung der Eignung der Kompensationsmaßnahmen werde durch die UNB erfolgen.

„Lienen sei ein Ort mit einer einmaligen Heckenlandschaft, in der auch viele Fachwerkgehöfte liegen, die seit Jahrhunderten in ihrer Grundform erhalten seien. Durch die WEA werde dieses wertvolle Landschaftsbild nachhaltig zerstört und beeinträchtigt. Das könne auch aus historischer und denkmalpflegerischer Sicht nicht hingenommen werden.“

Herr Clausdeinken stimmt zu, dass das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigt werde, eine Wiederherstellung des Landschaftsbildes allerdings nicht möglich sei. Daher sei durch die Ersatzgeldzahlung eine Neugestaltung des Landschaftsbildes beabsichtigt.

„Das angrenzende Gebiet „im Torf“ sei ein schutzwürdiger und kulturhistorischer Landschaftsbestandteil der Averehrdener Wüste. Die Landschaft zeige sich dort wie sie vor 40 Jahren vorgefunden wurde. Ebenso gebe es dort viele alten Kotten und Resthofstellen, die die Landschaft ausmachen. Diese Landschaft werde von den geplanten WEA überprägt bzw. könne durch den Bau auch beschädigt werden.“

Herr Röwekamp hält fest, dass die Bewertung bei der Errechnung des Ersatzgeldes betrachtet worden sei.

TOP 7 „Wasserrechtliche Belange“

„Die Grundwasserabsenkung im Rahmen des Baus der Fundamente sei nicht hinsichtlich des Umfangs der Tiefe der Absenkungstrichter und ob ggf. sensible Biotope betroffen sind untersucht worden.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass noch ein wasserrechtlicher Antrag eingereicht werde, in dem der Absenkungstrichter eingezeichnet sei, der die temporäre Absenkung bei Errichtung der WEA zeigen würde. Der Absenkungstrichter reiche nicht bis an gesetzlich geschützte Biotope heran. **Herr Last** ergänzt, dass die Grundlagen des wasserrechtlichen Antrages bereits in den Gutachten des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens dargestellt würden. Der formale Antrag nach WHG werde in den nächsten Tagen eingereicht und beruhe auf einer worst-case Betrachtung, man gehe daher von wesentlich geringen Belastungen aus. Auf die Frage von **Frau Steinhorst**, ob es sich bei dem wasserrechtlichen Antrag um ein öffentliches Verfahren handle, antwortet **Frau Knobbe**, dass dies nicht öffentlich sei, man sich jedoch zu dem Antrag äußern könne. Sie bestätigt, dass der worst-case betrachtet würde und es nicht auf die Dauer der Absenkung ankomme, sondern auf die Pumpwirkung. Innerhalb des Absenktrichters gebe es für die Dauer eine Auswirkung auf den Grundwasserspiegel. Da sich die Bautätigkeiten meistens auf landwirtschaftliche Flächen abspielen sei auch kein Absinken von Wohnhäusern zu erwarten.

„Die angenommene Dauer der Grundwasserabsenkung von drei Wochen werde oft aus den verschiedensten Gründen deutlich überschritten, sodass der Absenkungstrichter größer und die Wirkungen deutlich langanhaltender als geplant sein können.“

Frau Knobbe führt aus, dass eine Absenkung von einer bestimmten Anzahl an Tagen beantragt werde. Die Einhaltung dieser würde auch überwacht werden.

„Das gesetzlich geschützte Biotop östlich der WEA 3 (Erlenbruchwald nährstoffreicher Standorte) könne empfindlich auch auf geringere Grundwasserabsenkungen reagieren. Eine Abschätzung, ob Beeinträchtigungen von Schutzgütern zu befürchten seien oder wie ihnen zu begegnen wäre, sei weder erkennbar noch nachvollziehbar.“

Herr Röwekamp merkt an, dass der Erlenbruchwald nicht betroffen sei.

„Es sei nicht beachtet worden, dass die ausgewiesene Fläche im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet „Dümmer Bach“ liege. Da Überschwemmungsgebiete von jeglicher Bebauung freizuhalten seien, sind Genehmigungen für WEA in diesen Gebieten grds. nicht möglich.“

Herr Clausdeinken erwidert, dass dies sachlich falsch sei, da keine Bebauung im Überschwemmungsgebiet stattfinde. Es werde westlich des Dümmer Bachs gebaut, wie es auch eine Abbildung im Wasserrechtsantrag zeige.

TOP 8 „Verschiedenes“

„Durch die WEA werde der Erholungswert zerstört, da sich Erholungssuchende nicht Orte aussuchen würden, an denen sie den entsprechenden Industrieanlagen begegnen.“

Herr Clausdeinken führt aus, dass es eine Abwägung und argumentative Bewertung der Erholungsfunktion gebe. Die Erholungsfunktion werde zwar verändert, allerdings sei eine Erholung weiterhin in dem Umfang möglich, wie auch in der „normalen“ Landschaft. **Herr Röwekamp** merkt an, dass es auch Menschen gebe die zum Piesberg aufgrund der WEA fahren würden, dies sei je nach Mensch unterschiedlich. **Herr Koitka** ergänzt, dass es sich hier nicht um ein Vorrang- oder Vorsorgegebiet für Erholung handle.

„Das Interesse am Ankauf von Immobilien gehe mit dem Vorhandensein von WEA gegen Null. Dadurch erhöhe sich die Leerstandproblematik, obwohl Gemeinden im ländlichen Bereich bemüht seien ihre Orte attraktiv zu gestalten.“

Herr Röwekamp merkt an, dass es durchaus ein Problem der Abwertung geben könne. Allerdings schütze Art. 14 GG lediglich die Nutzbarkeit des Eigentums und nicht dessen Werterhalt. **Herr Koitka** ergänzt, dass es aktuelle Rechtsprechung vom OVG Lüneburg gebe, die besage, dass eine etwaige Grundstückswertminderung aufgrund von WEA keinen privaten Belang bei der Abwägung darstelle. **Frau Reischert** wendet ein, dass die Wohnhäuser nicht mehr in dem gleichen Maße genutzt werden könnten, da man z.B. nicht mehr bei offenem Fenster schlafen könne. **Herr Röwekamp** erwidert, dass ein Wohngebäude dem Wohnen diene. Dies sei weiterhin möglich. Der Schutzwert im Außenbereich sei zudem nicht sehr hoch, da z.B. auch landwirtschaftliche Gerüche hingenommen werden müssten. Sofern alle Richtwerte eingehalten würden, könne man daher die Immobilie wie gewohnt nutzen. **Frau Steinhorst** wendet ein, dass ein Landwirt, der zu viel Geruch erzeuge, einen Filter einbauen müsse. **Herr Röwekamp** entgegnet, dass hier ggf. im Falle von Schallimmissionen leisere Betriebsmodi gefahren werden müssten. Man könne einen Antrag nicht aus dem Grund ablehnen, dass vorher keine Immissionen an diesem Ort waren.

„Die Gemeinde Lienen sei ein staatlich anerkannter Erholungsort und habe bewusst auf die Errichtung von WEA verzichtet. Durch die Errichtung von WEA unmittelbar zur Grenze Lienen werde dieser Verzicht ad absurdum geführt. Durch die WEA würde die Naturlandschaft Lienens technisch überprägt und das Erholungsgebiet auf Kilometer erheblich beeinträchtigt oder vollkommen zerstört.“

Herr Röwekamp hält fest, dass das Thema Landschaftsbild bereits besprochen worden sei. Sofern sich die Gemeinde Lienen dafür entschließe keine WEA zu bauen, sei die Gemeinde Glandorf nicht daran gebunden. Es komme häufig vor, dass Windparks an Gemeindegrenzen entstehen, da gerade dort im Außenbereich keine dichte Wohnbebauung zu finden sei. **Frau Steinhorst** wendet ein, dass 8,7 % des Ortsteils Averfehrden als Windvorrangfläche geplant seien und fragt zusätzlich, ob die Gemeinde Lienen zu dem Antrag bereits Einwendung erhoben habe. **Herr Röwekamp** antwortet, dass die Gemeinde Lienen als Träger öffentlicher Belange beteiligt worden sei und bereits eine Stellungnahme abgegeben habe, ebenso der Kreis Steinfurt.

„Dem Schutzgut Mensch werde in der Gemeinde Glandorf eine mittlere Bedeutung zur Wohnfunktion eingeräumt. Der Erholungsfunktion werde nur eine geringe Bedeutung zugemessen. Die Wohnräume und Terrassenbereiche dienen nicht nur in geringem Maßen der Erholungsfunktion.“

Herr Röwekamp könne verstehen, dass für jemanden persönlich der eigene Wohnraum ein hohes Gut darstelle. Bei der Einstufung handele es sich um abstrakte Bewertungsstufen, die für eine schematische Vorgehensweise bei der Bewertung des Eingriffs berücksichtigt würden.

„Die Errichtung von 4 weiteren WEA in unmittelbarer Nähe werde zu einem drastischen Wertverlust der Immobilien führen. Wieso werden in Dänemark Wertverluste durch WEA anerkannt und gesetzlich geregelt, im Landkreis Osnabrück hingegen abgestritten. In welchen Gutachten werden Immobilien in Alleinlage im Außenbereich betrachtet?“

Herr Röwekamp hält fest, dass es tatsächlich zu einem Wertverlust kommen könne. Die Regelungen in Dänemark seien ihm nicht bekannt, aber man könne sich auch nur nach den Regelungen des eigenen Staats richten.

„Die Gemeinde Glandorf sei als regenerativste Gemeinde im Landkreis ausgezeichnet worden. Es gebe mehrere WEA, Photovoltaikanlagen, Biomasseanlagen und eine Wasserkraftanlage. Sind demnach nicht alle Forderungen des Landkreises Osnabrück erfüllt, wonach der Windenergie substanzieller Raum verschafft wurde?“

Herr Röwekamp merkt an, dass zum einen die Windenergie nicht durch Photovoltaikanlagen o.ä. tangiert werde, diese Thematik aber auch bereits besprochen worden sei. Man habe der Windenergie durch das RROP und die Anpassung des FNP's substantiell Raum verschafft, ob dies zu viel oder zu wenig Raum sei, sprengte den Rahmen dieses Termins.

„Durch den Ausbau von Reitstrecken sei der Reittourismus vorangetrieben worden. Es werde ein Pferdehof besessen und Reitrouten für Reitwanderer geplant, die auch an den geplanten WEA vorbeiführen. Es entstehe ein erhebliches Risiko für die Reiter, da sich immer wieder Pferde vor dem Lärm und dem Schlagschatten von WEA erschrecken würden.“

Frau Reischert ergänzt, dass Herr Kaldewei bereits einen Prozess gewonnen habe, bei dem durch WEA die Existenz für einen Reiterhof gefährdet gewesen sei. Auch hier sei ein Existenzverlust zu befürchten, da es sich um nahezu die einzige Reitroute in der Umgebung handele. **Herr Röwekamp** verweist erneut auf die Studien von WEA und Pferden und erwarte normalerweise keine Beeinträchtigungen durch den Schlagschatten. Es gehe hier auch nicht um den Reitstandort, sondern lediglich um eine Reitroute.

„Auf einem landwirtschaftlichen Betrieb würden 4.000 Legehennen in Freilandhaltung gehalten. Schattenschlag in den Abendstunden auf die Auslaufläche und auf die Auslaufluken des Stalls könnten erhebliche negative Auswirkungen haben. Es werde ein größerer Sicherheitsabstand nötig, um den Fortbestand der Auslaufhaltung und der Existenz des Betriebs sicherzustellen.“

Herr Röwekamp merkt an, dass dieses Thema bereits besprochen worden und eventuelle Beeinträchtigungen dann zivilrechtlich zu klären seien.

„Durch die Erderschütterung beim Einrammen der Fundamente könnten Schäden an dem Wohnhaus und der unter Denkmalschutz stehenden Herz-Jesu-Grotte auftreten.“

Herr Last führt aus, dass an drei WEA eine Flachgründung vorgesehen sei, für die eine Grube ausgehoben werde. An einer WEA sei eine Tiefgründung geplant. Aufgrund des Bodens seien allerdings keine Auswirkungen auf die Wohngebäude durch das Rammen zu befürchten. Falls dies doch der Fall sein sollte, müsse man es zivilrechtlich klären. **Herr Röwekamp** merkt an, dass man im Falle eines Schadens einen Gutachter hinzuziehen könne, der beurteile, ob die Schäden durch das Rammen entstanden seien können. Allerdings seien im zivilen Verfahren die Kosten des Gutachters vorerst selbst zu tragen.

„Da nicht nachvollziehbar sei, warum von Siedlungen 1.000 m Abstand eingehalten werden müssen, von einzelnen Wohnhäusern jedoch nur 500 m, werde verlangt den Abstand zu den Wohnhäusern auf 1.000 m zu erhöhen.“

Herr Koitka führt aus, dass die 1.000 m auf das RROP bezogen seien. Grds. sei der Schutzanspruch im Außenbereich geringer als im Innenbereich. **Herr Röwekamp** ergänzt, dass es sich bei den 500 m lediglich um einen Vorsorgeabstand handle. Die Immissionen würden gesondert betrachtet. Daher entstehe nicht zwangsläufig innerhalb dieses Radius eine besondere Gefährdung.

Frau Reischert fragt, ob zeitlich mit einer Genehmigung in einem oder vier Monaten gerechnet werden könne. **Herr Röwekamp** gibt an, dass man dies nicht genau sagen könne, da z.B. auch noch Unterlagen nachgereicht werden müssten.

Frau Steinhorst fragt, ob das Amtsblatt kostenfrei zugänglich sei. **Herr Röwekamp** verneint dies, weist aber auf die Veröffentlichung in den regionalen Tageszeitungen und im Internet hin.

Herr Frank fragt, ob die Einwendungen veröffentlicht werden. **Herr Röwekamp** verneint auch dies.

Frau Steinhorst fragt, ob die Antragsteller und Gutachten die eingereichten Einwendungen zur Vorbereitung auf den Termin bekommen hätten. **Herr Röwekamp** bestätigt dies, da die Gutachter auch mit den Einwendungen umgehen müssten.

Herr Röwekamp bedankt sich für das offene Gespräch und schließt den Termin um 16:37 Uhr.

Schriftführerin
Frau Petzke

Verhandlungsleiter
Herr Röwekamp